



# Mitteilungs-Blatt

des Verbandes der sozialdemokratischen Wahlvereine Berlins und Umgegend.

Zu beziehen durch die Bezirksführer die Nummer zu 10 Pf. oder durch die Post. — Redaktion u. Verlag: O. 27, Schicklerstr. 5. Fernruf: Alexander, 3007.

Nr. 27.

Berlin, den 30. September 1917.

12. Jahrgang.

## Zeichen der Zeit.

Berlin, den 25. September 1917.

### Die russische Sphinx.

Wird aus dem gewaltigen Gründungsprozeß der sozialen Revolution in Rußland die soziale Republik oder ein Staatsgebilde bürgerlich-kapitalistischen Gepräges hervorgehen? Das ist die Frage, von deren Lösung nicht allein die Geschichte des russischen Volkes, sondern auch die der andern Völker Europas abhängen. Mit großen, abgrundtiefen Augen, der Sphinx der antiken Sage gleich, blickt die zunächst im Osten durch den Weltkrieg entfesselte Weltrevolution uns an und droht den zu zerreißen, der auf ihre Frage nicht die richtige Antwort gibt.

In leidenschaftlich feberhafter Erregung suchen die verschiedenen Klassen des russischen Volkes nach dem Staatsreichsverfuche Kornilows die Führung in die Hand zu bekommen und der Neuordnung der Dinge ihren eigenen Klassenstempel aufzudrücken. Wohl hat der Fehlschlag des bonapartistischen Handstreiches eines Kornilow der militärischen Gegenrevolution den Lebensnerv durchschnitten, wohl war die revolutionäre Energie des russischen Volkes trotz aller inneren und äußeren Erschütterungen noch so stark, daß der plumpe Vorstoß der Säbelmenschen schon im Anlauf aufgehalten wurde, aber das schleichende Gift der bürgerlichen Gegenrevolution frißt noch an allen Gliedern des russischen Volkskörpers, und die revolutionäre Demokratie steht vor der Frage, ob sie mit vorsichtigen beruhigenden Mitteln oder durch eine Radikalkur auf Leben oder Sterben den Krankheitsstoff austreiben soll.

Kerenski und der zu ihm stehende Flügel der gemäßigten Menschewiki, die Mehrheit der bürgerlichen Sozialrevolutionäre und der Soldatenräte sind für die erste Lösung, die Bolschewiki, die internationalen Menschewiki für die zweite. Die bürgerlichen Elemente aber, vor allem die hinter der politischen Partei der Kadetten stehenden, wollen nicht merken lassen, daß Kornilows Mißerfolg ihnen manche Hoffnungsblüte geknickt hat und drängen sich an den Teil der revolutionären Demokratie, von dem sie noch am meisten für die Sicherung ihrer kapitalistischen Klasseninteressen erhoffen. Das sind natürlich Kerenski und dessen Anhänger. So ist zu verstehen, daß Kerenski sofort nach Unterwerfung Kornilows ein Ministerium bilden konnte, das zum größten Teil aus bürgerlichen Männern bestand, dem sogar Vertreter der Großindustrie angehören, die bisher in unerschrockener Gegnerschaft zur provisorischen Regierung gestanden hat. Einen langen Bestand wird diese neue Regierung aber nicht haben. Die sozialistischen und proletarischen Gewalten, die den revolutionären Kampf geführt und den Kornilowschen Anschlag im Keime erstickt haben, sind nicht minder rührig, ihre Energie ist neu erwacht, ihre Front ist geschlossen und ihr Mißtrauen ist lebendig, so daß ihr Kampf nicht allein den falschen bürgerlichen Revolutionsfreunden, sondern auch den nur auf Kompromiß und Koalition bedachten Kerenskis Kopf und Kragen kosten kann.

Es liegt im Wesen des inneren Parteistrites, daß die darin Bemühten zur Bitterkeit und Ungerechtigkeit gegenüber dem feindlichen Bruder neigen. Es ist daher begreiflich, daß die Bolschewiki Kerenski und seine Anhänger mit den schwersten Beschuldigungen bedecken, und seine Verfolgungswut hat überreich Anlaß zu dem. Jaß gegeben. Wir, die wir dem russischen Bruderkrieg fern stehen, können, abgesehen unsere grundsätzlichen Anschauungen in vielen Dingen mit denen der Bolschewiki übereinstimmen, ruhiger urteilen. Wir glauben daher auch nicht, daß Kerenski und die gemäßigten Menschewiki bewußten Verrat an

der Sache der Revolution und des Sozialismus begehen. Von den Sozialpatrioten der anderen Länder unterscheidet sie doch immerhin nicht unwesentlich die Tatsache, daß auch sie im Kampfe gegen das heimliche Regierungssystem, den Zarismus, Freiheit, Leben und Gesundheit eingesetzt und mit revolutionärer Energie dieses System zu Boden geworfen haben. Wenn sie jetzt immer und immer wieder für ein Zusammengehen mit dem Bürgertum eintreten, so ist das auf Erwägungen zurückzuführen, die ihnen das Heil des russischen Volkes nur in diesem Zusammenarbeiten erblicken lassen. Sie glauben, daß ein Land mit noch gering entwickelter kapitalistischer Produktion und mit einer überwiegend bäuerlichen Bevölkerung, deren Besitzverhältnisse erst noch der Regelung harren, ökonomisch noch nicht reif ist für eine rein sozialistische Wirtschaftsform. Sie fürchten den finanziellen Ruin ihres Landes, wenn es sich als soziale Republik alle Bande zerschneidet, die es mit den kapitalistischen Staaten der Entente verbindet. Sie glauben, daß in der großen Masse des vom Zarismus geistig verblümmerten Proletariats nicht genügend geschulte Kräfte vorhanden sind, die in der Technik der Produktion, in der Verwaltung und auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens die Leitung übernehmen können. Und unter den Nachwirkungen der zaristischen Lotteriewirtschaft und den Erschütterungen eines unglücklichen Krieges sehen sie diese Schwierigkeiten in tausendfacher Vergrößerung. Kein Wunder, daß sie ihrer nur Herr zu werden glauben, wenn sie ökonomische und intellektuelle Hilfe des Bürgertums in Anspruch nehmen. Daher diese Kette von Koalitionsregierungen, daher die Beibehaltung des größten Teiles des vom Zarismus übernommenen Beamtenapparates, daher auch das fortwährende Zurückgreifen auf Heerführer, die dem Zarentum ihren Rang verdanken und deren Herz sicher mehr für das alte System als für die soziale Revolution schlägt. Ist es doch eine merkwürdige Erscheinung der großen russischen Revolution, daß sie nicht wie frühere Revolutionen und Bürgerkriege Heerführer aus dunklen Volkstiefen aufsteigen ließ, obwohl doch sicher unter den niederen, revolutionär gesinnten Offizieren Männer vorhanden waren, die genügende taktische und strategische Wissen hatten, um die unzuverlässigen Generäle der zaristischen Schule zu ersetzen. Die neueren Maßnahmen Kerenskis und der Sowjets scheinen darzutun, daß man sich dieses Mangels bewußt wird. Daß die russische Revolution, will sie sich behaupten, keine kriegerische Politik treiben kann, sondern mit aller Kraft auf den Frieden hindrängen muß, ist selbstverständlich.

Aber alles Verständnis für die Beweggründe Kerenskis und der Menschewiki kann doch nicht gegen die Tatsache blind machen, daß alles Pattieren mit dem Bürgertum zu einer Unterhöhlung der Revolution führen muß. Das zeigt die Geschichte der früheren bürgerlichen Revolutionen, das beweist noch viel deutlicher der Verlauf der großen sozialen Revolution in Rußland. Auch hier war das Bürgertum revolutionär, solange es von der Revolution etwas für seine rein bürgerlichen Interessen zu erwarten hatte. Es wird sofort offen oder versteckt reaktionär, sobald das revolutionäre Proletariat seine Forderungen anmeldet.

Darum ist jetzt für die russische Revolution der klare und entschiedene Klassenkampf, nach den Grundfragen, wie sie von den Bolschewiki usw. aufgestellt sind, die Forderung des Tages. Es geht um Sein oder Nichtsein der sozialen Republik. Es ist ein Kampf, in dem alles jetzt auf eine Karte gesetzt werden muß. Die durch Kornilows

Anschlag auferüttelten Sowjets haben die Führung zu übernehmen und die durch Kriegsmüdigkeit und Entbehrungen verursachte Erregung der Massen in bewußte politisch-sozialistische Bahnen zu drängen; ihr Verhalten in den letzten Wochen beweist, daß sie auf dieser Bahn vorwärts drängen wollen. Sanft und zart wird es dabei nicht zugehen, aber die sentimentalen Herrschaften, die die Greuel des Weltkrieges ergebungsvoll oder gar begeistert hinnehmen, haben keinen Anlaß zu moralischer Entrüstung, wenn auch auf die russische Revolution das Sprichwort zutrifft: Wo Holz gehackt wird, fallen Spähne.

### Reaktionäre Pyrrhusfrage.

In den Tiefen des internationalen Proletariats gährt und grollt es. In der russischen Revolution hat sich erst ein großer Krater geöffnet, aus dem sich die glühenden Lavamassen der Weltrevolution ergießen. Aber in Italien, in Frankreich, in England, in Amerika usw. fühlen die derzeitigen Machthaber den Boden unter ihren Füßen zittern und sie suchen die wankenden Balken ihrer Staatsgebäude mit Stahl und Eisen zu stützen.

Überall paart sich mit der Friedenssehnsucht der Völker der Drang nach Befreiung aus sozialen Nöten. Das gilt nicht nur für die kriegsführenden Länder, sondern ist auch eine Allgemeinererscheinung in den neutralen Staaten. Die Regierungen, die ja heute überall mehr oder weniger parlamentarisch maskierte Militärdiktaturen sind, verfügen in dieser Zeit über alle materiellen und ideellen Machtmittel des Militarismus, aber die Siege, die sie damit über den „inneren Feind“ erringen, sind der Art, daß sie mit Pyrrhus sagen können: Noch ein solcher Sieg und ich bin verloren.

Das scheint besonders für Italien zuzutreffen. Bei aller Dürftigkeit der Nachrichten, die aus diesem Lande zu uns kommen, scheint doch festzustehen, daß die Regierung nur noch mit großer Mühe die im Volke herrschende Gährung niederhalten kann. Hier wie in vielen andern Ländern haben sich Kriegsheker, Reaktionäre und Ausbeuter zu einem festen Bund zusammengetan und drängen die Regierung zu scharfen Maßnahmen gegen den „inneren Feind“. Die Erklärung der Provinzen Turin, Alexandria und Genua als Kriegszone, das Verbot des „Avanti“ an der Front, die blutige Unterdrückung von Demonstrationen und Kriegsabsotage, die Massenverhaftungen und Justizaktionen sind Siege der Reaktion, die wohl zeitweilig Ruhe schaffen, aber die soziale Revolution nicht erdrosseln können. Muß es doch schon sehr schlimm um die Siegesgewisheit der italienischen Reaktion bestellt sein, wenn sie, wie gemeldet wurde, unzuverlässige Truppen von der Front wegnehmen und nach Frankreich abziehenden mußte, um von dort englische und französische Truppen als Austausch zu erhalten.

In Frankreich verkörpert das neue Ministerium Painlevé gleichfalls einen Sieg der Reaktion. In seiner Programmrede hat Painlevé besonderen Nachdruck auf den Satz gelegt, daß die Strenge des Gesetzes alle die treffen werde, die sich zu „Mitschuldigen des Feindes“ machen. Das heißt, daß gegen alle die, die sich zu Wortführern der Friedenssehnsucht des französischen Volkes machen, mit Nachdruck soziale Forderungen erheben und dem Siegeswillen der Bourgeoisregierung Schwierigkeiten machen, niedergebütelt werden sollen. Das ist der Hauptgedanke der Painlevéschen Drohung, die Bezugnahme auf einige Sensationsfälle angeblichen Landesverrates ist ja nur äußeres Beiwerk. Aber die reaktionäre Energie der neuen Regierung ist schon wurmfressig, weil

doch schon ihr parlamentarischer Mantel zahlreiche Löcher auf, da 215 Abgeordnete ihr das Vertrauen verjagten. Draußen im Lande aber wird sie noch weniger Stütze haben, denn die Tatsache, daß die Sozialisten wohl oder übel der Regierung ablehnend gegenüberstehen müssen, beweist, daß ihnen angefehts der erregten Massenstimmung eine andere Haltung nicht rasam erschien.

In England beginnt die Machtstellung eines Lloyd George immer mehr zu zerbröckeln. Noch steht er als Diktator da, aber die Mißstimmung unter der Arbeiterschaft gegen ihn nimmt zu. Der herrschenden Klasse in England ist der Gedanke unerträglich, daß die Arbeiterklasse an der Anbahnung des Friedens tätigen Anteil nimmt, sie weiß, daß dieser Forderung andere, soziale Forderungen folgen werden, daher ihre Gegnerschaft gegen Stockholm, daher die Passverweigerung, daher die Verfolgung der Friedensbestrebungen. Aber auch hier werden die in der Tiefe wirkenden Kräfte einmal so stark werden, daß es mit dem Triumph der Reaktion vorbei ist.

Aus Amerika kommt die Kunde, daß trotz künstlich geschürter Kriegsbegeisterung und trotz aller Kriegshege eines Gompers große Arbeitermassen in den Streik getreten sind, und zwar in wichtigen Zweigen der Kriegsindustrie. Die in demokratischem Gewande auftretende Reaktion eines Wilson muß nicht allein mit dem Widerstande der Deutsch- und Irish-Amerikaner rechnen, sie hat auch soziale Kämpfe mit in den Kauf zu nehmen, die unter den Kriegswirkungen noch weiter um sich greifen werden.

Aber auch in den neutralen Ländern haben sich die ersten Geburtswehen der Weltrevolution bemerkbar gemacht. Norwegen, Schweden, Holland, die Schweiz und Spanien haben ihre Teuerungsdemonstrationen, zum Teil sogar blutige Unruhen gehabt, die mit Waffengewalt unterdrückt wurden. Denn auch in diesen Ländern hat die Wahrung der Neutralität zu einer Stärkung des einheimischen Militarismus geführt. Und daß es die soziale Revolution ist, die überall zwar noch dumpf und tastend die gewaltigen Glieder regte, das spricht aus dem Stoßseufzer eines reaktionären spanischen Blattes, das über die Unruhen in Barcelona schrieb: „Ein Aufrihrer von heute ist ein häßliches, zweideutiges, feiges Wesen. Der Mann der alten Bürgerwehr, der Liberale aus dem „Bataillon der Blusen“ hatte ein stolzes Ansehen. Während der Aufrihrer von heute eine geheim verbreitete, anonyme Flugchrift bei sich trägt, klang in der Brust des Bürgerkämpfers der Sturmschritt-Takt von Versen.“ Klassischer kann der Gegensatz zwischen bürgerlicher und sozialer Revolution, aber auch die ganze haßerfüllte Abneigung des bürgerlichen Ordnungs-

mannes gegen den namenlosen proletarischen Revolutionär nicht ausgedrückt werden.

Das sind so einige Zeichen der Zeit, die dartun, was der Weltkrieg im Gefolge haben kann. Sie liegen nicht offen auf der Oberfläche und werden übertönt von allem möglichen kriegerischen, politischen und diplomatischen Tagesgeschrei. Es läßt sich auch nicht vorhersehen, wann und in welchen Ländern zuerst die soziale Weltrevolution ihr Haupt erheben wird. Deren Keime sind vom Weltkrieg überall gesät worden und es kommt auf die Beschaffenheit des Bodens an, ob und wie sie emporsprießen. In Rußland war der geeignete Boden vorhanden, ob die soziale Revolution hier Früchte tragen wird, hängt nicht allein vom russischen Proletariat ab.

Und noch ein Zeichen der Zeit sei der Vollständigkeit halber hier registriert:

In Deutschland — tritt der Reichstag morgen zu einer kurzen Tagung zusammen.

## Wochenschau.

Vom 18. bis 25. September 1917.

**Kriegsereignisse:** Die in der vorigen Wochenschau erwähnte Kampspause war die Ruhe vor dem Sturm. Die verfloßene Woche hat an allen Fronten wieder Großkampftage gebracht. In Flandern brachen 10 englische Divisionen auf einem verhältnismäßig kurzen Frontabschnitt vor und erzielten unter schweren Opfern kleine taktische Erfolge, die an der militärischen Gesamtlage nicht das mindeste ändern. Hier wie an verschiedenen Abschnitten der französischen Front herrscht noch lebhaftere Kampfeskätigkeit, zu Großkampshandlungen ist es noch nicht wieder gekommen. — An der Ostfront haben die deutschen Truppen ihre Linien noch weiter über die Düna hinausgetragen und die Stadt Jakobstadt und die umfangreichen Verteidigungsanlagen der Russen in Besitz genommen. — Feindliche Flieger haben in der vergangenen Woche Luftangriffe auf eine ganze Anzahl süddeutscher Städte, wie Stuttgart, Tübingen, Saarbrücken, Colmar usw., gemacht. Am 25. September warfen deutsche Fliegergeschwader Bomben auf London.

**Ausland:** Die schwedische Regierung hat in der Luxburg-Affäre einen scharfen Protest veröffentlicht, in dem von einem Verirauensmißbrauch durch den deutschen Diplomaten die Rede ist. Die deutsche Regierung hat ihrerseits eine Entschuldigungsnote an die schwedische Adresse gerichtet.

In Frankreich haben die Kammerverhandlungen wieder begonnen. In der ersten Sitzung stellte sich das neue Ministerium vor und Painlevé hielt seine schon erwähnte Programmrede, in der er das alte Thema von der „Desannexion“ Elsas-Lothringens be-

handelte und mit den üblichen Mitteln den Kriegswillen des Volkes aufzustacheln suchte. Ribot als Minister des Auswärtigen hieß in dieselbe Kerbe und sprach allerlei über die idealen Kriegsziele Frankreichs. Von einem klaren Verzicht auf die Eroberungsabsichten Poincarés (linkes Rheinufer usw.) war weder bei Painlevé noch bei Ribot die Rede. Von Interesse ist des letzteren Behauptung, daß die Veröffentlichung der diplomatischen Geheimverträge nicht erfolgen könne, weil die russische Regierung nichts davon wissen wolle. Das Ministerium Painlevé erhielt ein Vertrauensvotum von 378 Stimmen, 215 Abgeordnete hielten sich der Abstimmung fern. — Die Unzuverlässigkeit des offiziellen Telegraphenbüros, der Agence Havas, wurde von Renaudel, allerdings in ziemlich milder Form, in der „Humanité“ an den Pranger gestellt. Havas hat nämlich die letzte Note Wilsons in tendenziös entstellter Form zur Kenntnis der französischen Öffentlichkeit gebracht.

In Argentinien schlägt infolge der Luxburg-Affäre die Erregung hohe Wellen. Der Senat hat sich bereits für den Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit Deutschland ausgesprochen. In der Kammer ist man zurzeit noch nicht zu einer Entscheidung gekommen. Inzwischen ist auch eine Entschuldigungsnote der deutschen Regierung, in der Graf Luxburg entschieden abgegeschüttelt wird, der argentinischen Regierung zugegangen.

Das Ränkespiel von Geheimdiplomatie gegen Geheimdiplomatie geht inzwischen lustig weiter. Die amerikanische Regierung veröffentlicht geheime Dokumente, die den früheren deutschen Botschafter, Grafen Bernstorff, kompromittieren sollen. So soll Graf Bernstorff im Januar dieses Jahres von seiner Regierung eine große Summe zu Bestechungszwecken gefordert haben. Eine deutsche Entgegnung liegt bis zur Stunde noch nicht vor.

**Innere Politik:** In Deutschland steht das ganze politische Leben zurzeit im Zeichen der siebenten Kriegsanleihe.

Die deutsche Antwort auf die Friedensvorschlüge des Papstes ist veröffentlicht worden und wird jetzt in der gesamten Presse des In- und Auslandes in zahllosen Artikeln besprochen. Die deutsche Note behandelt in einer langen Einleitung die Verdienste Wilhelm II. um den Frieden und enthält im wesentlichen ein platonisches Bekenntnis zum Schiedsgerichts- und Abrüstungsgedanken. Auf positive Friedensfragen geht sie nicht ein, vor allem wird das wichtige Problem Belgien überhaupt nicht berührt. Im allgemeinen ist der Eindruck der Note auf die Öffentlichkeit dahin zusammenzufassen, daß sie überall Enttäuschung verursacht hat; immerhin ist sie nach Form und Inhalt derart, daß den Entente-regierungen eine schroffe Ablehnung der päpstlichen Vorschläge schwer gemacht worden ist. Die Kriegstreiber

## Aus einem Volkskrieg.

III.

Ungeheuer schwierig waren die Aufgaben, welche der Jakobiner auf wirtschaftlichem Gebiet harrten. Obwohl seit 1790 die Ernten im Durchschnitt bedeutend besser geworden waren, hatte sich der Preis des Korns und demzufolge auch der Preis anderer Lebensmittel verdoppelt und verdreifacht. In „inmitten eines wirklichen Ueberflusses herrschte“, wie im Oktober 1792 offiziell konstatiert wurde, „teilweise eine künstlich hervorgerufene Hungersnot“. Zum Teil waren an der Teuerung und an dem Mangel die Entwertung der Assignaten, die Entziehung von landwirtschaftlichen Arbeitskräften durch den Krieg, die Blockade der Handelshäfen durch England schuld. Jedoch nie hätte die Lebensmittelnot solchen Umfang annehmen können, wenn nicht alle diese durch den Krieg verursachten Schwierigkeiten von gewinnlüstigen Händlern und Unternehmern auf Kosten des konsumierenden Publikums ausgenutzt worden wären, wenn nicht die Landwirte die Vorräte zurückbehalten hätten, um die Preise in die Höhe zu treiben, wenn nicht Spekulanten in allen Branchen — der König selbst spekulierte in Kaffee, Zucker und Getreide — eine wüste Preisdreibeerei betrieben hätten, wenn nicht Kriegslieferanten von der Militärverwaltung Bucherpreise erpreßt hätten. Das Volk, durch die mehrjährige revolutionäre Erziehung anspruchsvoll gemacht, hatte von Anfang an wenig Lust gezeigt, die Kosten der Krise allein zu tragen. Bereits im Herbst 1792 hatten die Arbeiter eine zum Teil erfolgreiche Agitation (Streiks) zur Anpassung der Löhne an die gestiegenen Lebensmittelpreise entfesselt, und nicht einen Lebensmitteldiktator, aber einen öffentlichen Approvisionierungsdienst gefordert, der ausgeübt werden sollte durch vom Volke gewählte Vertreter. „Die Freiheit des Getreidehandels“, so sagte eine Abordnung der Wählerchaft eines Departements im November im Konvent, „verträgt sich nicht mit der Existenz unserer Republik. Dieser Handel liegt in den Händen einer Minderheit, die das Ziel hat, sich zu bereichern, und diese Minderheit ist immer daran interessiert, die Preise künstlich in die Höhe gehen zu lassen und so den Konumenten immer zu schädigen. Jedes halbe Mittel ist besser als kein Mittel.“ Eben die Mittelwege, die zum Verbot der Getreidehandels, die ganze Versorgung mit Lebens-

mitteln, muß von der Republik in die Hand genommen werden“. In einigen Departements waren die Bauern zur Selbsthilfe geschritten. Sie hatten sich vereinigt, waren auf die Märkte gezogen und hatten die Getreidehändler gezwungen, zu den Preisen zu verkaufen, die sie ihnen vorschrieben. Zur Beruhigung hatte der Girondistenkonvent Delegierte mit militärischer Begleitung in die aufrihrerischen Departements geschickt. Jedoch im Mai sah er sich genötigt, dem nachdrücklichen Verlangen des Volkes nachzugeben. Er erließ ein Dekret, das sogenannte erste Maximumdekret, in dem er alle Getreidehändler unter Staatskontrolle stellte, sie bei Strafe der Konfiskation ihrer Vorräte verpflichtete, anzugeben, was sie an Getreide besaßen, das schnittreife Korn zu mähen, sofort auf die Märkte zu bringen und dort zu einem Preis zu verkaufen, der von jeder Gemeinde festgesetzt werden sollte, entsprechend den Preisen, die in der Zeit vom 1. Jänner bis zum 1. Mai dort geherrscht hatten. Die Vorrats-erklärungen sollten zur Anfertigung einer Statistik aller in Frankreich vorhandenen Getreidevorräte von den Stadtverwaltungen an das Ministerium des Innern geschickt werden. Solange die Girondisten Frankreichs Geschicke beherrschten, wurde dieses Dekret nur lax durchgeführt. Erst der Jakobinerkonvent machte Ernst damit und gestakete den Maximumpreis einheitlich für ganz Frankreich. Daß jedoch auch er nur abgerud und widersprechend von dem eisernen Befehl Gebrauch machte, den ihm das Volk in die Hand drückte, beweist die Art, in der er im Juni 1793 eine Rede des Anarchisten Jacques Roux ausnahm. „Ist denn“, so hatte Roux voller Empörung gerufen, „das Vermögen der Epikuren heiliger als das Menschenleben? Die Unterhaltsmittel müssen von den Verwaltungsbehörden requiriert werden, genau so, wie die Heeresmacht ihnen zur Verfügung steht. Der Gesetzgeber hat das Recht, den Krieg zu erklären, das heißt Menschen umbringen zu lassen; warum sollte er nicht das Recht haben, zu verhindern, daß man die ausbeutet und aushungert, die ihren Herd beschützen?“ Mit Roux war damals Roux von den Schranken des Konvents zurückgewiesen worden. Jedoch kaum einen Monat später zwangen die Ereignisse die Jakobiner zu dem ersten wichtigen Schritt auf dem von Roux bezeichneten Wege. Am 14. Juli erließ der Konvent folgendes Gesetz:

„In Ansehung der Lebensmittel, welche die Bucherer der

Gesellschaft zufügen durch ihre mörderischen Spekulationen mit den dringendsten Lebensbedürfnissen und der allgemeinen Not, bestimmt der Nationalkonvent:

Das wucherische Anhäufen von Vorräten ist ein todeswürdiges Verbrechen.

Des Verbrechens des Wuchers werden alle diejenigen schuldig erklärt, welche der Zirkulation unbedingt notwendige Waren oder Lebensmittel entziehen, sie fälschen und sie irgendwo eingeschlossen halten, ohne sie täglich öffentlich zum Verkauf zu bringen.

In gleicher Weise werden für Wucherer erklärt alle diejenigen, welche absichtlich oder unabsichtlich unbedingt notwendige Lebensmittel und Waren verderben lassen.

Unbedingt notwendige Lebensmittel sind: Brot, Fleisch, Wein, Getreide, Mehl, Gemüse, Obst, Butter, Eßig, Apfelwein, Brantwein, Kohle, Talg, Holz, Del, Soda, Seife, Salz, gedörrtes, geräucheretes, gefasenes und marinierteres Fleisch und Fische, Honig, Zucker, Papier, Hanf, verarbeitete und unverarbeitete Wolle, Leder, Eisen und Stahl, Kupfer, Zuck, Peinen und überhaupt alle Stoffe, ebenso wie die Rohstoffe, welche der Fabrikation dienen, abgesehen von den Seidenstoffen.

Diesjenigen, welche an welchem Orte der Republik es auch sei, irgendwelche im vorstehenden Artikel angeführte Waren und Lebensmittel besitzen, sind verpflichtet, der Gemeinde oder dem Stadtbezirk, wo sich das Depot besagter Waren befindet, davon Anzeige zu machen. Die Gemeinde oder Bezirksverwaltung hat die Existenz des Depots, ebenso die Art und Menge der darin enthaltenen Waren durch einen Beamten, den sie zu diesem Zweck ernannt, festzustellen.

Ist diese Unterjuchung vollzogen, so hat der Besitzer der Waren und Lebensmittel auf die Anfrage, welche man ihm diesbezüglich stellt und die protokolliert wird, dem Kommissar zu erklären, ob er die besagten Lebensmittel und Waren spätestens drei Tage nach der Erklärung jedem Kunden in kleinen Mengen verkaufen will. Wenn er einwilligt, wird der Verkauf sofort auf diese Weise vollzogen, und zwar ohne Ausschub und Unterbrechung unter Aufsicht eines Kommissars, der von der Gemeinde oder Bezirksbehörde ernannt wird.

Wenn der Besitzer (der Lebensmittel oder Waren) besagten Verkauf nicht durchführen will oder kann, wird er verpflichtet, der Stadt- oder Bezirksbehörde eine Kopie der Fakturen oder Einkaufsrechnungen

haben wie die Vorkämpfer fallen natürlich über die Note her. Nur der „Vorwärts“ war neben dem „Berl. Tageblatt“ entschlossen von ihr, weil darin auch auf die Friedensresolution des Reichstages Bezug genommen ist. In der Tat entspricht die diplomatische Formulierung der deutschen Note durchaus der Verschwommenheit der Reichstagsresolution. — Auch der König Ludwig von Bayern, aus dessen Munde vor zwei Jahren trübige Siegemotive kamen, hat an den Papst ein entgegenkommendes Antwortschreiben gerichtet.

Neulich wie die deutsche ist auch die österreichische Antwort an den Papst gehalten. In ihr wird etwas klarer ausgesprochen, daß die Vorschläge des Papstes „eine geeignete Grundlage für Einleitung von Verhandlungen zur Vorbereitung eines Friedens“ bilden können. In der Antwort der türkischen Regierung wird die Wahrung der vollen Souveränität über das türkische Gebiet verlangt, und die bulgarische Antwort betont das Nationalitätsprinzip, d. h. die bulgarischen Ansprüche auf Mazedonien und die Dobruška.

Das Schicksal der Papstnote ist im wesentlichen das, was wir vorausgesetzt haben. Die imperialistischen Ententeregierungen werden natürlich in ebenso höflicher wie unklarer Form antworten. Man muß also schon zufrieden sein, wenn in dem bisherigen diplomatischen Friedensvorspiel nichts verborgen worden ist und keine Türen zugeschlagen worden sind.

Ein alldeutsch-reaktionärer Sturm geht jetzt durch das Land und die „vaterländische Partei“ erfüllt mit ihrer geräuschvollen Agitation die Deffentlichkeit. Im Dienste ihrer „Aufklärung“ stehen auch amtliche Stellen, Landräte, Stadtmagistrate usw., und es ist dabei in unendlich viel Fällen zu direktem politischen Gesinnungszwang gekommen. Der Ansturm der geschlossenen Reaktion richtet sich nicht nur gegen einen Verständigungsfrieden, sondern auch gegen alles, was zu einer freieren Ausgestaltung der deutschen Zustände führen könnte. Die reaktionären Herrscher können sich ihren konzentrierten Vorstoß leisten, weil sie sich ihres Einflusses auf die Regierung wohl bewußt sind und weil sie wissen, was für ein minderwertiger und in sich widerspruchsvoller Gegner ihnen im Instablock des Reichstages gegenübersteht, ein Gegner, der nur hinter den schwattierten Wänden des Hauptausschusses seine Klänge führen will. Schrieb doch das regierungssozialistische Zentralorgan zu der amtlichen Beeinflussungskampagne: die Angelegenheit wird „demnach im Hauptausschuß des Reichstages, möglicherweise auch im Plenum zur Sprache kommen“. Dieses „möglicherweise“ spricht Bände für den regierungssozialistischen Kampfesmut.

Die „vaterländische Partei“ hat am 24. September in Berlin große Heerschau gehalten. Großadmiral a. D. v. Tirpitz hat hier für den Verschmetterungskrieg eine Lanze gebrochen, ohne dabei zu verraten, in wieviel Jahren England und die anderen Feinde

winselnd zu Deutschlands Füßen liegen werden und ob Deutschland sich dann noch auf seinen eigenen Füßen halten kann. Sekundiert wurde Herr Tirpitz u. a. von den liberalen Größen Traub und Ludwig Thoma (der Simplizissimus-Thoma!). Tags zuvor hatten sich die Berliner Konservativen in einer besonderen Versammlung zusammengesunden, in der Graf Westarp unter stürmischem Beifall die Forderung aussprach: „Belgien muß unbedingt unter deutschen militärischen und politischen Einfluß kommen!“ Und zu Duzenden ließen sich noch andere Beispiele der alldeutsch-reaktionären Generaloffensive gegen Frieden und Demokratie aus der verflochtenen Woche anführen. Bemerkenswert ist, daß dabei eine große Anzahl protestantischer Pastoren äußerst rührig mitwirkte und den Friedensgedanken der christlichen Ethik mit Füßen tritt.

Bei dieser allgemeinen Hag dürfen natürlich auch die Nationalliberalen nicht fehlen. Der Zentralvorstand dieser Partei hat sich jetzt völlig den schwerindustriellen Geldgebern unterworfen und hat Beschlüsse gefaßt, in denen gegen die Friedensresolution der Reichstagsmehrheit, gegen den Abrüstungsgedanken, gegen das parlamentarische System sowie gegen die Aufrollung der elsass-lothringischen Frage Front gemacht und ein inbrünstiges Bekenntnis zu allen möglichen Annexionen abgelegt wird.

Die Regierung hält sich in vieldeutiges Schweigen und läßt den „Vaterländischen“ volle Aktionsfreiheit. Und wenn sie ihr Schweigen bricht, so geben ihre Worte erst recht zu allen möglichen Deutungen Anlaß. So hat der Reichskanzler Dr. Michaelis dieser Tage folgende Antwort auf das alldeutsche Depechen-Bombardement veröffentlicht lassen:

„Den Vereinen und Körperschaften aus allen Teilen des Reiches gehen dem Herrn Reichskanzler Rundgebungen zu, die das Bekenntnis zu vaterländischer Zuversicht und Entschlossenheit und das Gelöbnis unbedingten, zielstrebigsten Aushaltens bis zum glücklichen Ende zum Ausdruck bringen. Der Reichskanzler ist leider außerstande, alle diese Telegramme einzeln zu beantworten. Wo deutsche Männer durch Tat und Wort für deutsche Selbstbehauptung, für das Erlöschen eines Friedenswunsches, der Freiheit, Blüte und Entwicklung des deutschen Volkes setz und sicher verankert, begleitet die freudige Zustimmung und der Dank des obersten Reichsbeamten ihr Streben und Schaffen.“

Daraus lesen die „Vaterländischen“ natürlich das, was in ihren Kram paßt, und die Kriegstreiber im feindlichen Auslande tun dasselbe und haben dadurch leichtes Spiel, den ungeschulten Massen die deutsche Regierung als ein Herz und eine Seele mit den deutschen Eroberungswildern hinzustellen.

Die regierungssozialistischen Diplomaten und Staatsmänner starren verzückt auf ihre Friedensresolution und klammern sich krampfhaft an das brüchige Blodgebilde. Ihr Zentralorgan hat in einem Artikel über die Reichstagsarbeit feierlich und in aller Form das Gelübde abgelegt, daß die sozialdemokrati-

schen „Klassenkämpfer“ auch weiterhin in treuer Brüderhaft zu Fortschrittler und Zentrumsmitgliedern halten werden. Ihr Vorstand hat sich aber zu einer papiernen Tat aufgerafft. Am 25. September hat er in einem ellenlangen Aufruf die Mitbürger und Parteigenossen zum Kampfe für einen Verständigungsfrieden aufgerufen; wo und mit welchen Waffen gekämpft werden soll, hat er aber vergessen anzugeben. Daß die alldeutsch-reaktionären Kämpen nicht durch papiernen Lamento und durch das Getuschel im Hauptausschuß imponieren lassen, sollte auch allmählich den Scheidemännern klar geworden sein. Sie stöhnen und seufzen über die alldeutschen Anwürfe wie „innerer Feind“, „Landesverräter“ usw., und haben dieselben Anwürfe gegen die eigenen Parteigenossen geschleudert, die ein paar Jahre früher als sie den Friedensgedanken verkochten haben. Sie glauben auch ihren Kampfruf wirkungsvoller zu machen, wenn sie ihn mit ein paar verlogenen Niederträchtigkeiten gegen die Unabhängige Sozialdemokratie würzen. Merkwürdigerweise ist dieser Aufruf nur vom Vorstand der sozialdemokratischen Partei unterzeichnet. Die Generalkommission der Gewerkschaften, die während des ganzen Krieges ihre Hand bei allen politischen Aktionen des Parteivorstandes mit im Spiele hatte, hat ihre Unterschrift nicht dazu hergegeben. War ihr diese Papierattacke gegen den alldeutschen Gewaltthausen schon zu genehmlich und fürchtete sie, dadurch höheren Orts anzuecken?

Auf Einladung der Obersten Heeresleitung machen jetzt Reichstagsabgeordnete gruppenweise Frontreisen. Die erste Gruppe ist bereits wieder zurückgekehrt und hat an die Heeresleitung folgendes Telegramm gerichtet:

„Bei Beendigung ihrer Reise nach den Brennpunkten der militärischen Ereignisse im Westen sagen die unterzeichneten Reichstagsabgeordneten der Obersten Heeresleitung Dank für Einladung und Gewährung vorzüglicher Führung. Unauslöschliche Eindrücke haben sie von den kühnsten Leistungen unserer Kriegführung und dem bewundernswürdigen Geist von Führer und Truppe gewonnen. In dem Bewußtsein von der Notwendigkeit des Durchhaltens bis zu einem ehrenvollen Frieden fühlen sich Volk und Heer einig.“

Dove, Bruhn, Emmel, Fleisig, Dr. Müller, Reiningen, Reihaus, Stoewe, Stücklen.“

### Aus den Organisationen.

**Edyenia.** Mittwoch, den 8. Oktober cr., abends 8<sup>1/2</sup> Uhr pünktlich, Mitgliederversammlung bei Klauer, Grünauerstr. 7. Tagesordnung: 1. Bericht von der Preis-Generalsammlung. 2. Verschiedenes. Zahlreiches Erscheinen erwartet. Der Vorstand.

**Schöneberg.** Dienstag, den 2. Oktober 1917, abends 8 Uhr, findet bei Herrn Daendelt, Vorbergstr. 11, ein gemeinschaftlicher Frauen-Abend statt. Tagesordnung: „Gas und Kohlenfrage.“ Zahlreiches Erscheinen erwartet. Der Vorstand.

**Der Sozialdemokratische Wahlverein für Treptow-Baumhulenberg** hielt am 18. September eine von etwa 400 Personen besuchte Mitglieder-Versammlung ab, in der

Waren, deren Vorhandensein in seinem Depot festgestellt worden ist, einzureichen; die Stadt- oder Bezirksbehörde hat davon Kenntnis zu nehmen und sofort einen Kommissär zu beauftragen, den Verkauf nach der oben angegebenen Weise zu bewerkstelligen, indem er die Preise so festsetzt, daß der Besitzer, wenn es möglich ist, einen den mitgeteilten Fakturen entsprechenden Gewinn erhält; wenn jedoch der hohe Preis der Fakturen diesen Gewinn unmöglich macht, hat der Verkauf trotzdem ohne Unterbrechung zu den Marktpreisen der besagten Waren stattzufinden. Er findet in gleicher Weise statt, wenn der Besitzer nicht imstande ist, eine Faktura zu liefern. Die Summen, welche dem Erlös dieses Verkaufes entspringen, werden ihm, sobald der Verkauf beendet ist, zurückgegeben, nachdem die Unkosten, die er verursacht hat, zuvor vom besagten Produkt in Abzug gebracht sind.“

Trotzdem diese Bestimmungen mit rücksichtsloser Strenge durchgeführt wurden — die Todesstrafe blieb nicht auf dem Papier stehen und traf nicht nur die Kleinen, sondern auch die großen Preisstreiber — wollte die Teuerung nicht nachlassen. Die fortschreitende Entwertung der Assignaten trieb nach wie vor die Händler zu Preissteigerungen. In Paris kam es wiederholt zu Vordenpländerungen. Am 4. September zog eine gewaltige Volksmenge vor die Kommune und umlagerte sie. „Habt ihr Mehl, ja oder nein?“ so ertönten knapp und scharf die Rufe aus der Menge. „Wieviel habt ihr? Auf wie lange? Steht ihr uns dafür, daß das Brot nicht ausgehen wird? Wann werden sich unsere Frauen nicht mehr stundenlang vor den Bäckeläden anstellen müssen? Sie haben Kinder zu Hause.“ Und Chaumette, der Procurator der Kommune, reißte die Erbitterten noch auf. „Auch ich“, rief er der Menge zu, bin arm gewesen und weiß infolgedessen, was es heißt, arm zu sein. Was wir hier haben, ist der offene Krieg der Reichen gegen die Armen; vernichten wollen sie uns; nun gut, man muß ihnen zuvorkommen, wir selbst müssen sie vernichten; wir haben die Macht in Händen. Diese Unglücklichen haben unsere Hemden gegessen, sie haben unseren Schwweiß getrunken... und sie möchten sich noch an unserem Blut betrinken... Sofort soll eine Revolutionsarmee gebildet werden, die das ganze Land durchläuft; jeder Teil dieser Armee soll in seiner Suite das verhängnisvolle Instrument der Volkstrahe mitführen; mögen alle Bucherzer, alle reichen Grundbesitzer, welche

sich weigern, uns Lebensmittel zu liefern, unter unseren Schlägen fallen.“ Tags darauf wurde die Revolutionsarmee tatsächlich gebildet, die Schreckensherrschaft begann. Am 8. September ließ die Kommune bei allen Bankiers und Geldhändlern (die man der Fälschung der Assignaten beschuldigte) die Siegel anlegen. Am 20. September erließ der Konvent das zweite große Gesetz über das Maximum. Nicht nur für das Getreide, wie im Mai, nein, für alle unbedingt notwendigen Lebensmittel (siehe Verordnung vom 14. Juli) wurden mit einem Schlag Höchstpreise festgesetzt. Als Grundlage wurden nicht die Preise, wie sie sich während der Teuerung herausgebildet hatten, genommen, sondern die Preise vom Jahre 1790, vermehrt um ein Drittel. Dieses Drittel fühlte man sich berechtigt aufzuschlagen, da auch die Löhne seit 1790 eine Steigerung erfahren hatten. (Es waren Höchstlöhne eingeführt worden, gleich den Löhnen von 1790, vermehrt um die Hälfte.) Da man jedoch den schweren Mißgriff beging, die Höchstpreise nur für die fertigen Waren festzusetzen, was soviel hieß, als den Kleinhandel zum Vorteil des Großhandels schädigen“, ließ die Verordnung bei den Verkäufern auf ungeheure Widerstände. Anstatt nun das Gesetz, weil es sich nicht bewährt hatte, sich in Wohlgefallen auflösen zu lassen, suchte der Konvent seine Schäden zu beheben. Im November verordnete er, daß man die Höchstpreise nach den Erzeugungspreisen (immer auf Grundlage der Preise von 1790, vermehrt um ein Drittel) berechnen sollte. Außer den Transportkosten sollten 5 Prozent für den Gewinn des Engros-Händlers und 10 Prozent für den Gewinn des Kleinhandlers aufgeschlagen werden. Um die Produktionskosten festzustellen, veranstaltete man eine riesenhafte Enquete in ganz Frankreich. Mit Recht sagte der Berichterstatter über diese Enquete im Konvent, daß „niemals ein Volk eine ähnliche Anstrengung gemacht habe, um alle Bedingungen und Verhältnisse seines Lebens in das hellste Licht zu setzen.“

Trotz aller Schwierigkeiten, auf welche die Anwendung des Maximums stieß, blieb es kein Parade-gesetz, es drang, wie Jaures konstatiert, bis in das innerste ökonomische Leben der Nation ein. Im einzelnen erlaubten sich allerdings die Kommunen, die mit der Durchführung betraut waren, manche Abweichungen vom Wortlaute des Gesetzes. So sah die Pariser Kommune den Kleinhändler, welche den Höchstpreis übertraten, mitunter gern durch die Finger,

während sie mit der größten Wachsamkeit darauf paßte, daß kein großer Preisstreiber dem Arme der Gerechtigkeit entging. Auch aus freier Initiative, unabhängig vom Konvent, leisteten die Kommunen tüchtige Arbeit in der Lebensmittelversorgung. Sie stellten fest, wieviel in ihren Gemeinden produziert, wieviel verbraucht wurde, suchten den Leutenhandel auszuscheiden, indem sie bestimmten, von wem der Groß- und von wem der Kleinhändler ihre Waren zu beziehen hatten, suchten den Konium zu regeln, indem sie festsetzten, wie viel Waren einer bestimmten Gattung man im Monat verbrauchen durfte, die Kommune Paris gab auch Brotkarten aus und schritt sogar zum Verkaufszwang, indem sie jeden, der länger als ein Jahr ein Geschäft betrieben hatte und es ohne zwingende Notwendigkeit schloß, einsperrte. Sie unternahm es auch, Mehl aufzukaufen und die Bäcker damit zu versorgen. Der Vorschlag, es mit allen Lebensmitteln so zu machen, überall behördliche Verkaufsstellen aufzustellen, blieb unerfüllt. Auf die Produktion der privaten Unternehmer nahmen die Jakobiner fast gar keinen Einfluß. Wohl drohten sie reaktionären Unternehmern und solchen, die ihre Arbeiter in ungewöhnlichem Maße ausbeuteten, mit Enteignung, aber sie machten keinen Versuch, Chaumettes Forderung zu erfüllen, „daß die Fabriken der Privaten, die sie in Untätigkeit lassen, zur Verfügung der Republik zu stellen seien“. Und die von einigen Kommunisten erhobene Forderung, „an Stelle der privaten Produktion überhaupt die gesellschaftliche Produktion zu setzen“, wurde überhaupt nicht ernst genommen. — Vom Sozialismus blieb also, wie man sieht, der sonst ziemlich radikale „Kriegssozialismus“ der Jakobiner meilenweit entfernt.

Ueber die Wirkung der Lebensmittelpolitik der Jakobiner gehen die Anschauungen der Geschichtsschreiber weit auseinander. Obwohl sie zugeben müssen, daß durch die Höchstpreise der Entwertung der Assignaten ein Damm gesetzt wurde, können die meisten bürgerlichen Historiker die Folgen des Maximums nicht kraß genug schildern. Dagegen kommt Jaures zu dem Schlusse, „daß jene Zeit des Maximums, wenn auch nicht eine glatte Steigerung der Kaufkraft der Löhne, so doch eine Aera verhältnismäßiger Sorglosigkeit für das Proletariat bedeutet habe, daß es Hungersnot, ja selbst Mangel im eigentlichen Sinne des Wortes in dieser Periode nicht gegeben habe“.

Genosse Carl Leib-Berlin über die Kohlen- und Gasein-schränkungen referiert. Er wies in seinen Ausführungen nach, daß es wieder die unermittelte Bevölkerung sei, die durch die Kohlen- und Gasein-schränkungen am schwersten betroffen würde. Es müsse erlangt werden, um nach Möglichkeit die Lasten und Beschränkungen von der armen Bevölkerung fernzuhalten. In der Diskussion kam Genosse Karl Hartmann auf die Ernährungsverhältnisse in der Gemeinde Treptow zu sprechen, die er einer eingehenden Kritik unterzog.

Eingang der Versammlung gab der Vorsitzende, Gen. Mielke, bekannt, daß die Gemeinde-Vertreter der 8. Klasse, Albin Gohlfeld, Joseph Hartmann und Carl Kordtke zu dieser Versammlung schriftlich eingeladen waren, um ihnen Gelegenheit zu geben, den Einwohnern und Wählern der 8. Klasse zu sagen, was die Gemeinde in Bezug auf die Punkte der Tagesordnung und in der Lebensmittelfrage getan und welche Stellung insbesondere die Gemeinde-Vertreter der 8. Klasse dazu eingenommen haben.

Festgestellt mußte wiederholt werden, daß die 8 Volksvertreter es nicht für nötig befunden hatten, der Einladung Folge zu leisten. Ueber dieses Verhalten herrschte eine allgemeine Empörung, die in der folgenden Resolution ihren Ausdruck fand, und mit dem Verhalten der 8 Gemeinde-Vertreter während der 3 Kriegsjahre begründet wurde.

„Da in der heutigen, am 18. September 1917 tagenden Versammlung, trotz schriftlicher Einladung, die Gemeinde-Vertreter der 8. Wählerklasse nicht erschienen sind, und durch ihr Verhalten während der 3 Kriegsjahre die drückende Wählerlast, statt mit Rat und Tat zur Seite zu stehen, schmachlich im Stich gelassen haben, spricht die Versammlung ihnen das Recht ab, noch fernere im Namen der Wähler-schaft, wie der arbeitenden Bevölkerung, zu sprechen. Als Vertreter der Arbeiterschaft haben sich diese Leute nicht gezeigt. Die Versammlung entzieht ihnen hiermit jedes Ver-trauen.“

Der Monatsbeitrag für unsere weiblichen Mit-glieder beträgt 30 Pfennig. Dafür liefert die zuständige Parteio rganisation die Frauenbeilage der Leipziger Volkszeitung. Man gibt es Genossinnen, die diese Beilage schon erhalten als Abonnentinnen des Leipziger Parteiblattes. Nach Lage der Dinge läßt sich eine Ausnahme für diese Genossinnen nicht machen, auch dann nicht, wenn mehrere weibliche Mitglieder in einer Familie sich befinden. Wer die Frauenbeilage doppelt erhalten sollte, dürfte gut tun, eine Nummer zu Agitationszwecken an Bekannte weiter zu geben und damit der Sache zu nützen.

### Ein Bombengeschäft!

45 Proz. Dividende und 5 Millionen Mk. an Bankguthaben sowie Effekten, bei nur 8 Millionen Aktienkapital und auf Null abgeschriebenen Anlagen, das ist gewiß ein Geschäft, das sich sogar in dieser üppig wuchernden Kriegszeit leben lassen kann. Die schöne Leistung haben die „Ber. chemischen Werke Charlottenburg“ vollbracht. Im letzten Jahre erzielte das Unternehmen 2,9 Millionen Mk. Uberschuß. Dabei hat man die Kriegsteuerreserve unter Kreditoren verbucht. Abschreibungen konnten nicht mehr vorgenommen werden, weil alles abgeschrieben ist, nur noch Grundstücke mit dem Lagerwert in der Bilanz geführt werden. Der Reingewinn wird mit noch 2,07 Mill. Mk. angegeben (69 Proz. des Aktienkapitals). Die Aktionäre bekommen diesmal 27 Proz. Dividende und 18 Proz. Bonus. Obwohl die Kriegsteuer für 1914/15 und 1915/16 bereits bezahlt worden ist, haben sich Effekten und Bankguthaben zusammen von 8,69 auf 5,01 Millionen Mk. erhöht. Seit Jahresbeginn sind die Aktien des Unter-nnehmens um etwa 115 Proz. gestiegen. Da merkt man doch, daß Lohnkürzungen dringend notwendig sind.

### Vereins-Veranstaltungen.

#### Freireligiöse Gemeinde Berlin.

Sonntag, den 30. September, vorm. 11 1/2 Uhr: Kleine Frankfurterstr. 6: Vortrag des Heren Emil Eichhorn. — Am 14. Oktober: Kindervorlesung. — Am 3. Okt.: Mitglieder-Versammlung bei Fritz Wille, Sebastianstr. 39.

#### Quittung.

Für den Professorends. 5. Kreis. Frauen 2. und 3. Abteilung aus der Sechstaste 21 Mk. Frauenlese-abend 7,25 Mk.

## Bäcker Berlins und der Vororte!

Dienstag, den 2. Oktober 1917, abends 7 1/2 Uhr:

# Große öffentliche Versammlung der Bäcker Berlins und der Vororte

im Saal des Lehrers-Vereins-Hauses, Alexanderstraße 41

(am Alexanderplatz, gegenüber dem Polizeipräsidium).

#### Tagesordnung:

1. Wo bleibt das Gesetz über die dauernde Regelung der Tagesarbeit?
2. Diskussion und Verschiedenes.

Zu dieser Versammlung sind der Obermeister der Bäckervereinigung zu Berlin, Herr Fritz Schmidt, der Vorsitzende der Freien Vereinigung der Bäckermeister von Berlin und Umgegend, verschiedene Sozialhygieniker sowie die Vorstände der einzelnen Fraktionen des Reichstages eingeladen. Verschiedene Herren haben ihr Erscheinen zugesagt.

An die Bäckergehilfen wird die dringende Mahnung gerichtet, vollständig in dieser Versammlung zu erscheinen. Diese Versammlung muß zu einer wichtigen Kundgebung für die Tagesarbeit im Bäckerberuf und zu einem scharfen Protest gegen die Verschleppung der gesetzlichen Regelung der Sache werden.

Kollegen Berlins und der Vororte! **Sorgt für Massenbesuch der Versammlung, damit dieser Zweck erreicht wird.**

Nieder mit der Nachtarbeit im Bäckergewerbe! Hoch die Tagesarbeit!

Mit kollegialem Gruß

Fr. Schneider.



## Verein der Freidenker für Feuerbestattung.

Sitz Berlin. Gegründet 1895.  
Geschäftsstelle: Kassierer:  
H. Müller, NW. 23, L. Dentler, Kenkölfn,  
Gurhavener Str. 15, Berliner Str. 85, Port. II.

Eintrittsgeld 1 Mk. — Monatsbeitrag 30 Pf. — Aufnahme ohne ärztliche Untersuchung. — Nach 25-jähriger Mitgliedschaft Beitragsfreiheit.

### Nach 1-jähriger Mitgliedschaft kostenlose Bestattung.

Dazu gehören: Amtsärztliche Bescheinigung, vor-schriftsmäßiger Holzarg, Einlagen und Blombieren, Leichen-wagen nebst Träger, Harmoniumspiel in der Halle, Ein-sicherung der Leiche und Beisetzung der Aschentafel.

Personen über 50 Jahre wollen sich an die Geschäftsstelle wenden.

Außer durch die Geschäftsstelle und den Kassierer erfolgt nähere Auskunft und Aufnahme neuer Mitglieder auch durch nachstehende Zahlstellen:

- |  |  |
|--|--|
| <b>Berlin C:</b><br>Th. Hummel, Sophienstr. 4.   | <b>Börsdorf:</b><br>P. Thomas, Paradiesstr. 12.  |
| <b>O:</b><br>A. Mielert, Petersburger Straße 41.<br>F. Sachleben, Rigaer Str. 91.  | <b>Charlottenburg:</b><br>M. Brill, Knechtstr. 2.<br>D. Bernke, Englische Str. 82.<br>F. Rajzen, Umlandstr. 32.                                    |
| <b>NO:</b><br>D. Kraft, Weberstr. 24a.<br>R. Grünke, Pöckste Str. 2.   | <b>Hohenschönhausen:</b><br>D. Döbner, Oberseelestr. 68.   |
| <b>N:</b><br>D. Hülse, Triftstr. 1.<br>W. Ritsch, Müllerstr. 174.<br>R. Schwendemann, Graun-str. 83.   | <b>Kenkölfn:</b><br>C. Bunde, Elbestr. 19—20.<br>W. Fischer, Herxbergstr. 18.<br>B. Fliegner, Bannierstr. 30.<br>P. Gärndt, Prinz-Handberg-Str. 2. |
| <b>NW:</b><br>E. Rauter, Birkenstr. 29a.<br>W. Rosenthal, Bräudenallee 35.   | <b>Niederschöneweide:</b><br>M. Dautmann, Fennstr. 18.   |
| <b>W:</b><br>Altendorf, Göttenstr. 19.   | <b>Niederschönhausen:</b><br>R. Kieger, Eichenstr. 3.  |
| <b>S:</b><br>Th. Jerwin, Urbanstr. 6.  | <b>Reinickendorf-Ost:</b><br>W. Billenack, Reibendgr. 127.   |
| <b>SO:</b><br>F. Fischer, Glogauer Str. 21.<br>B. Horst, Engelufer 15.<br>F. Müller, Franzstr. 7.<br>D. Greime, Kungestr. 30, Ver-bandshaus d. Holzarbeiter. | <b>Reinickendorf-West:</b><br>A. Schier, Dahnstr. 4.   |
|  | <b>Schöneberg:</b><br>R. Schulz, Weiziger Str. 25.   |
|  | <b>Steglitz-Friedenau:</b><br>F. Häser, Friedenau, Frege-str. 88a.   |
|  | <b>Treptow:</b><br>P. Bippow, Karpfenteichstr. 17.   |
|  | <b>Weißensee:</b><br>E. Große, Lehderstr. 88.  |
|  | <b>Der Vorstand.</b>   |

Die herzlichsten Glückwünsche zu der am 28. September d. J. erfolgten **Silbernen Hochzeit** unseres Kollegen Lagerhalters **August Sprung und Frau Gemahlin.** Die Lagerhalter des Konsumvereins für Königsberg und Umgegend.

#### 4. Wahlkreis.

Am 28. September verstarb durch einen Betriebs-unfall unser Genosse, der Maurer

**Gustav Feustleben**  
Nactusstr., Bezirk 268.

Am Freitag, den 7. September, verstarb unsere Genossin

**Auguste Mielzels**  
Comeniusplatz 2, Bezirk 820.

Ehre ihrem Andenken!

### Nachruf!

Ein Opfer des Weltkrieges ist am 1. Sept. 1917 unser Kollege, der Schlosser

**Arthur Mißhner**

durch Granattreffer im Alter von 27 Jahren ge-worden.

Der Entschlafene war uns stets ein lieber, ehrlicher und pflichttreuer Kollege. Der Besten einer.

Wir werden ihm ein gutes Andenken bewahren. Die Kollegen der Firma Daimler (Marienfelde) **Abt. Dieselbau.**

Allen Freunden, Parteigenossen und Genossinnen die traurige Mitteilung, daß unser innigstgeliebter und hoffnungsvoller Sohn

**Adolf Schwarz**

in der Nacht vom 8. zum 9. September d. J. im noch nicht vollendeten 19. Lebensjahre dem ent-schiedenen Kriege zum Opfer gefallen ist.

In tiefem Schmerz

**Adalbert Schwarz** nebst Frau und Sohn.

Hamburg (früher Berlin) im September 1917.

Den Genossen und Genossinnen hiermit die traurige Nachricht, daß am Sonntag, den 23. Sep-tember, nachmittags 3 Uhr, meine liebe, herzensgute Frau

**Anna Kraushaar**  
geb. Kreuzler

im vollendeten 41. Lebensjahre sanft durch den Tod erlöst wurde.

Um stille Teilnahme bittend  
Niederschönhausen, **J. Kraushaar.**  
Kaiser Wilhelmstr. 58. **Leopoldine Kreuzler.**

Die Einäscherung hat bereits am Freitag Nach-mittag 5 Uhr stattgefunden.

## Dem Andenken unserer auf dem Kriegs-schauplatz gefallenen Genossen!

#### 6. Wahlkreis.

Am 13. August fiel durch einen Granattreffer der 39 Jahre alte Former

**Max Reiche**

Siemensstr. 15, 14. Abt., Bez. 706.

Im Felde fiel der 30 Jahre alte Lagerist, der frühere Bezirksführer

**Otto Gehlau**

Lübeckerstr. 43, 15. Abt., Bez. 717.

**Sozialdem. Wahlverein Nieder-Barnim.**  
Bezirk Lichtenberg.

Am 17. August 1917 fiel unser Genosse

**Paul Puhlmann**

20. Abt., 86. Gruppe.

Ehre ihrem Andenken!

### Nachruf.

#### 1. Wahlkreis.

Am 11. September verstarb unser Genosse

**August Pflug**

Schiffbauerdamm 11.

#### 4. Wahlkreis.

Am 9. September verstarb unser Genosse, der Schlosser

**Carl Feidel**

Pallfadenstr. 46, Bezirk 280 I.

#### 6. Wahlkreis.

Am Freitag, den 21. September, verstarb plötz-lich unser Vorstandsmitglied, der Abteilungs-kassierer

**August Angel**

Stockholmerstr. 32, 19. Abt., Bez. 829.

**Wahlverein Adlershof.**

Am 6. September 1917 starb nach langem, schweren Leiden unser Genosse, der Arbeiter

**Ferdinand Gynko**

im 48. Lebensjahre.

**Sozialdem. Wahlverein Nieder-Barnim.**  
Bezirk Niederschönhausen.

Am Sonntag, den 23. September 1917, verschied nach längerer Krankheit unsere Genossin, Frau

**Anna Kraushaar.**

Ehre ihrem Andenken!

## Stockholm.

Das in der vorigen Nummer erwähnte Manifest des holländisch-standinavischen Komitees und der Sowjet-Delegation ist inzwischen in vollem Wortlaut durch die internationale Presse gegangen. Eine Aenderung in bezug auf die Konferenzansichten ist noch nicht eingetreten, vor allem ist die Passfrage weder in England noch in Frankreich einen Schritt weiter gekommen.

Wie gemeldet wurde, sind auf der Zimmerwalder Vorbesprechung, die vor kurzem in Stockholm stattfand, die Genossen Höglund, Carlsson und Norman von der schwedischen unabhängigen Sozialdemokratie zu Mitgliedern der Internationalen Kommission gewählt worden. Mit Wahrnehmung der Sekretariatsgeschäfte des I. S. K. wurde die Genossin Angelica Balabanoff betraut. Die Teilnehmer an der Vorbesprechung sandten Telegramme an die russischen Bolschewiki, an Friedrich Adler, Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg und Klara Zetkin.

### Der russische Bauernrat für Stockholm.

Der ausführende Ausschuss des Rates der Bauernvertreter Rußlands hat einen ausführlichen Aufruf „An die arbeitenden Demokratien der Welt“ gerichtet, der durch den holländisch-standinavischen Ausschuss verandt worden ist. Die Bauern erklären darin ihren Anschluß an die sozialistische Internationale sowie an die Stockholmer Konferenz, die, so heißt es in dem Aufruf, nur bis zu dem Tag verschoben sei, wo alle Demokratien der Welt sich zur Erörterung der Bedingungen für einen dauernden, gerechten Frieden ungehindert versammeln könnten.

### Wer trägt die Schuld am Kriege?

Man sage nicht, die deutschen Regierungssozialisten hätten auf ihrer ersten Pilgerfahrt nach Stockholm keine positive Arbeit geleistet. Zwei weltgeschichtliche Dokumente liegen als Beweis ihrer unzweideutigen Friedensarbeit vor: Einmal ihr berühmtes Manifest und zweitens eine Broschüre mit dem obigen Titel, in der der freiwillige Regierungskommissarius Eduard David die Schuldfrage behandelt, — so wie er und seine Jünger sie auffassen, ja auffassen müssen, soll ihre ganze Kriegspolitik nicht zusammenpurzeln wie ein Kartenhaus.

In der „Neuen Zeit“ schreibt Genosse Karl Kautsky über das Verhalten der regierungssozialistischen Davids folgendes:

„Die Delegation der deutschen Mehrheit hat bei den Vorbesprechungen zu der Stockholmer Konferenz die Forderung aufgestellt, auf dieser Zusammenkunft solle die Frage der Schuld am Kriege nicht erörtert werden. Das entsprach der ganzen bisherigen Haltung der deutschen Mehrheit. Entweder sagte man, es sei unmoralisch, nach Schuldigen zu suchen — der Kapitalismus sei der Schuldige —, oder das vorhandene Material reiche nicht aus, die Frage zu beantworten. Nachdem aber die Delegation verlangt hatte, die Schuldfrage solle nicht erörtert werden, beauftragte sie ihren Wortführer David damit, gerade diese Frage besonders ausführlich zu beantworten. Sie bezeugt damit, daß sie doch der Ansicht ist, das Problem dürfe und könne heute schon behandelt werden, daß sie es aber freilich nicht überall erörtert sehen will.“

Sie hatte nichts dagegen, daß David in dem nicht-öffentlichen kleinen Kreise des Komitees als Ankläger der Sozialisten Frankreichs und Englands in deren Abwesenheit auftrat. Sie hat auch nichts dagegen, sondern bewirkt es, daß der Vortrag in Deutschland erscheint, wo, wie sie sehr wohl weiß, nicht nur die Angeklagten, sondern auch die Kritiker seines Standpunktes im Lande selbst unter den gegebenen Verhältnissen nicht in der Lage sind, sich frei zu äußern.

Sie kränkt sich aber entschieden dagegen, daß die Schuldfrage dort erörtert wird, wo es, wie bei der Plenarsitzung in Stockholm, in voller Öffentlichkeit in Anwesenheit der von ihr Angeklagten in voller Freiheit geschehen kann.

Wenn schon nicht ein Gefühl der Gerechtigkeit oder des Anstandes, so hätte schon bloße Berechnung der Klugheit David und seine Leute verhindern müssen, die vorliegende Schrift gerade jetzt zu veröffentlichen. Galt es nun ihren Einspruch gegen die Erörterung der Schuldfrage in Stockholm noch aufrecht, dann wird man hinfort in dieser Forderung nichts erblicken als ein Geständnis, daß ihnen selbst jede Zuversicht zu ihrer Sache fehlt.“

### Die belgische Frage.

Im Brennpunkte aller Erörterungen über den kommenden Frieden steht die Frage nach dem künftigen Schicksale Belgiens. Im Ententelager ist die Wiederherstellung der Selbständigkeit und Unabhängigkeit Belgiens und die Entschädigung für die Verwüstungen, die der Weltkrieg auf diesem „Schlachtfelde Europas“ angerichtet hat, eine selbstverständliche Forderung. Auch die Sozialdemokratie der Mittelmächte

tritt für die Unabhängigkeit Belgiens ein, wenn auch unter den deutschen Regierungsozialisten Leute sind, bei denen dieser Gedanke durch allerlei imperialistische Erwägungen angekränkt wird. Die deutsche Regierung hat bis jetzt eine klare Stellungnahme zu dem belgischen Problem vermieden; sie ist ihr auch in ihrer Antwort auf die Friedensnote des Papstes sorgfältig aus dem Wege gegangen. Der frühere Reichskanzler hat bekanntlich in bezug auf Belgien die These von den „Sicherungen“ und „Garantien“ aufgestellt und sein Nachfolger Dr. Michaelis hat sich diese These zu eigen gemacht. Unter diesen „Sicherungen“ kann natürlich alles mögliche und unmögliche verstanden werden. Die deutschen Eroberungspolitiker wollen von einem selbständigen Belgien nichts wissen. Sie verlangen zum mindesten die Annexion der flandrischen Küste und Antwerpens, um Deutschlands Machtstellung zur See England gegenüber aufrecht erhalten zu können. Neben dieser auf militärpolitischem und strategischem Gebiete liegenden Forderung verlangen sie, daß Deutschland die flämischen Teile Belgiens unter seine schützenden Fittiche nehme, was beides natürlich einer völligen Bertrümmerung der inneren und äußeren Selbständigkeit des belgischen Staates gleichkäme. Begründet werden diese Forderungen mit dem Hinweis, daß Belgien niemals wieder zum Vasallen der Westmächte, Englands und Frankreichs, werden dürfe.

Genosse Karl Kautsky hat in der „Neuen Zeit“ eine Artikelreihe über Belgien veröffentlicht, die als Teil einer größeren Abhandlung über die vom Weltkrieg ausgehenden Probleme in Buchform erscheinen wird. In den Artikeln über Belgien geht Genosse Kautsky auf die Geschichte Belgiens und seine wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse näher ein, untersucht vor allem das flämische Problem sehr eingehend und kommt dann auch auf das „Vasallentum Belgiens“ zu sprechen. Er schreibt darüber:

Nicht ganz klar ist es, wie die Mehrheit der Reichstagsfraktion der deutschen Sozialdemokratie darüber denkt. In der Sitzung, die die Fraktion mit dem Parteiausschuß gemeinsam vom 14. bis 16. August 1915 zur Festlegung ihrer Kriegsziele abhielt, referierte David darüber. Über Belgien schlug er folgenden Passus vor:

Vom Standpunkt des deutschen Interesses nicht minder wie von dem der Gerechtigkeit halten wir die Wiederherstellung Belgiens für geboten; ja, im Interesse seiner eigenen Sicherheit und Bewegungsfreiheit kann Deutschland auch nicht zulassen, daß Belgien ein militärisches Vorwerk und politisches Machtinstrument Englands wird.)

Der in eckigen Klammern stehende Passus fand Widerspruch, weil er die belgische Unabhängigkeit einschränkte. David zog ihn daher zurück, ehe über ihn abgestimmt wurde. Liebknecht, der damals noch Mitglied der Fraktion war, genigte das nicht. Er wollte völlige Freiheit und beauftragte daher, den Worten: „die Wiederherstellung Belgiens“ hinzuzufügen:

„unter Ablehnung jeder zwangsweisen politischen und wirtschaftlichen Angliederung in uneingeschränkter inner- und auerpolitischer Selbständigkeit.“

Dieser Antrag wurde abgelehnt, und zwar mit großer Mehrheit, in der Fraktion mit 60 gegen 42, im Parteiausschuß gar mit 30 gegen 10 Stimmen. Die Forderung der „Wiederherstellung Belgiens“ sollte also einen sehr zweideutigen Charakter tragen.

Dem entspricht auch die Formulierung in der Denkschrift der deutschen Mehrheitsdelegation an das Stockholmer holländisch-standinavische Komitee. Es heißt dort:

Wir sind für die Wiederherstellung eines unabhängigen Belgiens. Belgien soll weder ein Vasallenstaat Deutschlands noch Englands noch Frankreichs werden.

Ein Fortschritt ist insofern zu verzeichnen, als hier nicht bloß „die Wiederherstellung Belgiens“, sondern die eines „unabhängigen“ Belgiens gefordert wird. Die nähere Kennzeichnung dieser Unabhängigkeit scheint vollkommen gerecht: Belgien soll weder Deutschlands noch Frankreichs oder Englands Vasall sein. Welches Recht für alle. So scheint es, wenn man sich an die Worte hält und nicht nach ihrem Sinn forscht. Oben Sinn bekommen sie aber nur dann, wenn das Wort „Vasallenstaat“ Frankreich und England gegenüber etwas ganz anderes bedeutet als Deutschland gegenüber.

Unter einem Vasallenstaat kann man einen Staat verstehen, der wider seinen Willen gezwungen wird, in ein Abhängigkeitsverhältnis von einem anderen Staate zu treten. Belgien soll im Friedensvertrag von Deutschland ein solches Verhältnis nicht aufgebracht werden — das ist der Sinn des einen Teils der Forderung der Stockholmer Delegation. Daß Frankreich und England Belgien zu einer derartigen Abhängigkeit zwingen wollen, hat noch niemand behauptet. Dies ausdrücklich abzulehnen, wäre also absurd.

Wohl aber hat man vielfach die Ansicht ausgesprochen hören, durch das Bündnis, das Belgien freiwillig mit England und Frankreich schloß, sei es deren Vasall geworden. Ein Bündnis zwischen einem kleinen und einem großen Staate bedeute für jenen immer ein Vasallitätsverhältnis, möge es noch so sehr auf Freiwilligkeit beruhen.

Fassen wir die Forderung so auf, dann bekommt sie allerdings einen Sinn: Belgien ist zu verpflichten, sich jedes Bündnisses mit England und Frankreich zu

enthalten. Wem gegenüber soll es diese Pflicht eingehen? Offenbar Deutschland gegenüber. Damit ist aber Belgiens Unabhängigkeit in der äußeren Politik aufgehoben, diese unter Deutschlands Kontrolle gebracht. Die Forderung der Unabhängigkeit Belgiens im Beginn des Satzes wird also durch seinen Schluß wieder aufgehoben.

Nun ist ja nicht daran zu zweifeln, daß hier ein schwieriges Problem vorliegt. Belgien ist zu klein, um einem seiner drei großen Nachbarn die Spitze zu bieten. Und seine geographische Lage bietet jedem dieser Nachbarn die Möglichkeit, die anderen zu bedrohen, wenn er sich des Landes bemächtigt, und sei es auch nur indirekt, durch einen Bündnisvertrag.

Diese Eigenschaft seiner Lage war es ja, die Belgiens garantierte Neutralität herbeiführte, bei der sich seine Nachbarn verpflichteten, seinen Boden nicht zu betreten, dafür aber auch ihm die Pflicht auferlegten, sich mit keinem zu verbünden. Dabei war Belgiens Unabhängigkeit wohl eingeschränkt, aber die Einschränkung war keine einseitige; sie wurde aufgewogen durch die Einschränkung, die sich die Garantien der Neutralität auferlegten, diese nie zu verletzen.

Meinte die deutsche Mehrheitsdelegation die Wiederherstellung dieses Zustandes, als sie ihre Forderung aufstellte, Belgien solle niemandes Vasallenstaat werden? Dann hat sie eine sehr verzwickte Form gewählt, um eine sehr einfache Sache auszudrücken. Aber es ist nicht wahrscheinlich, daß sie die Wiederherstellung der garantierten Neutralität Belgiens fordern wollte. Sie mußte doch selbst fühlen, wie sonderbar es wäre, wenn nach den Erfahrungen des Krieges gerade von Deutschland aus eine Erneuerung der garantierten Neutralität zur Friedensbedingung gemacht würde, und daß diese Erfahrungen aufs anschaulichste gezeigt haben, wie hinsichtlich der Neutralisierung zum mindesten auf ihrer früheren Basis sei. Der wertlose „Fetzen Papier“ ist ein für allemal zerrissen.

Für jeden der großen Nachbarn Belgiens liegt eine große Schwierigkeit darin, daß das „Ziel der Sicherung“ unter den gegebenen Verhältnissen durch feste Bindungen nicht mehr zu erreichen ist, wenigstens solange nicht, als keine internationale Macht existiert, die imstande ist, die Beachtung internationaler Verträge unter allen Umständen zu erzwingen. Aber diese Schwierigkeit besagt bloß, wie wichtig es nun wird, durch eine kluge, weitschauende Politik das zu erreichen, was durch feste Bindungen nicht mehr zu gewährleisten ist.

Man darf die Größe der Schwierigkeit auch nicht übertreiben.

Die Gefahr, die im Falle eines künftigen Krieges zwischen England und Deutschland diesem aus einem Bündnis Belgiens mit seinem Nachbarn jenseits des Kanals drohen könnte, wäre nicht geringer bei einem Bündnis zwischen England und Holland. Und umgekehrt. Ein von Deutschland abhängiges Holland würde England ebenso sehr bedrohen wie ein von ihm abhängiges Belgien. Rotterdam ist der Themsemündung fast ebenso nahe wie Antwerpen, und des letzteren Zugang zum Meere geht durch holländisches Gebiet.

Wenn England bei der Bildung des belgischen Staates so großen Wert auf dessen Neutralität legte, dagegen für Holland nicht Derartiges verlangte, so ist das dem Umstand zuzuschreiben, daß damals nur Frankreich als Rivale Englands in der Nordsee im Betracht kam, nicht Preußen. Zum Schutze vor Frankreich genigte aber die Neutralisierung Belgiens.

Heute, wo nicht ein Gegenatz England-Frankreich, sondern der Gegensatz England-Deutschland im Vordergrund steht, gilt alles, was in diesem Punkte über Belgien gesagt werden kann, auch für Holland.

Diesen Zusammenhang erkannte auch die deutsche Regierung an. Wie wir schon gesehen haben, gab Bagow der englischen Regierung „aufs positivste die förmliche Zusicherung, daß selbst im Falle eines bewaffneten Konflikts mit Belgien Deutschland unter keinerlei Umständen belgisches Gebiet annektieren werde. Die Aufrichtigkeit dieser Erklärung wird durch die Tatsache bezeugt, daß wir Holland unter feierlichem Wort gegeben haben, seine Neutralität zu respektieren. Es ist klar, daß wir nicht mit Ruhen belgisches Gebiet annektieren können, ohne gleichzeitig Gebietserwerbungen auf Kosten Hollands zu machen.“

Es ist zur Sicherung Deutschlands nicht notwendig, daß Holland Garantien dafür gibt, kein Vasallenstaat Frankreichs oder Englands zu werden, so braucht es auch von Belgien keine derartigen Garantien.

So wie Holland hat Belgien, auch ohne Garantievertrag, das größte Interesse daran, seine Neutralität in einem Konflikt zwischen seinen Nachbarn aufrechtzuerhalten. Bei einer Teilnahme an ihm hat es stets nur zu verlieren, da es notwendigerweise zum Kriegsschauplatz wird, ohne daß ihm ein Gewinn in Aussicht steht.

Als kleines Durchzugsland braucht Belgien dringend die Freundschaft aller seiner Nachbarn, im Frieden wie im Kriege, und nur eine Politik eines der Nachbarn, die sein größtes Mißtrauen und seine stärksten Befürchtungen erregte, könnte es von der ihm durch seine Lage gebotenen Neutralität abbringen.

Auf die peinliche Vermeidung einer derartigen Politik ist beim Friedensvertrag sowie weiterhin und auch schon vorher das Hauptaugenmerk von jedem zu richten, dem das „Ziel der Sicherung“ Belgiens gegenüber am Herzen liegt.

In bezug auf die Beziehungen zwischen Flämertum und Deutschland kommt Genosse Kautsky zu folgender Schlußfolgerung:

Keinerlei Eingriffe von außen, volle Unabhängigkeit für das gesamte belgische Volk, muß die Forderung der internationalen Sozialdemokratie lauten.

# Widersprüche der Politik der Sozialdemokratischen Mehrheitsfraktion.

Von Ed. Bernheim.

Der Streit, der sich zwischen der Redaktion des „Vorwärts“ und denen um Ernst Heilmann aus Anlaß des Vorwärts-Artikels über die Antwort des Präsidenten Wilson auf die päpstliche Friedensnote abgepielt hat, hat mehr als eine Augenblicksbedeutung. Er kennzeichnet die widersprüchliche Lage, in welche sich die Mehrheitsfraktion der deutschen Sozialdemokratie durch ihre Haltung zum Krieg und den Kriegsfragen gebracht hat.

Dem Vorwärts-Artikel, als dessen Verfasser sich Friedrich Stampfer bezeichnete, muß man das eine zugestehen, daß er zur Antwort Wilsons einen vernünftigeren Standpunkt einnahm, als mit wenigen Ausnahmen die ganze bürgerliche Presse und ein Teil der zur Mehrheitsfraktion haltenden Blätter. Er warnte davor, die Ausführungen Wilsons, warum die Vereinigten Staaten mit den Vertretern des gegenwärtigen deutschen Regierungssystems keinen Frieden schließen könnten, rundweg als eine anmaßliche Einmischung in innere deutsche Verhältnisse abzufertigen und empfahl, lieber dafür zu arbeiten, daß dasjenige, was an den Ausführungen Wilsons berechtigt sei, durch die Tat, das heißt durch die Demokratisierung des deutschen Regierungssystems entkräftet werde. Wenn die imperialistische-nationalistische Presse aller Schattierungen an diesem Nat. Aufstoß nahm, so ist das begreiflich genug. Vom sozialdemokratischen, ja, auch vom einfach bürgerlich-demokratischen Standpunkt aus war er jedenfalls grundsätzlich unanfechtbar. Die Frage war nur, ob die Politik der Partei, als deren Organ der „Vorwärts“ erscheint, geeignet ist, das von dem Artikel Empfohlene zur Verwirklichung zu bringen. Diese Politik aber schwankt zwischen dem, was Stampfer empfiehlt und dessen erboster, ihn in holdher Uebereinstimmung mit den Alldeutschen als Hochverräter an der deutschen Ehre hinstellender Kritiker Heilmann versteht, unsicher hin und her. Das kommt in einem Gespräch, das der Hauptsprecher der Partei, Philipp Scheidemann, jüngst mit einem Vertreter der „United Press of America“ hatte, und das der „Vorwärts“ in seiner Nummer vom 9. September d. J. veröffentlicht hat, sehr klar zum Ausdruck.

Was erfahren wir in diesem Gespräch? Nun, nicht mehr und nicht minder, als daß die Friedensbürgschaft, die Wilson vom deutschen Volk verlange, im wesentlichen schon gegeben sei. Denn, so heißt es in dem Bericht, der auf Grund des allgemeinen, gleichen, direkten und geheime Wahlrechts gewählte deutsche Reichstag sei „bereit, die Garantien für den kommenden Frieden mit zu übernehmen“, und wenn man draußen nicht glaube, daß dies und die in Aussicht stehenden Fortschritte der Demokratie und des Sozialismus in Deutschland genügen, die Sicherungen des Weltfriedensvertrages noch härter zu festigen und auszubauen, so „unterschätzt man die Macht des Deutschen Reichstages und die Stärke der deutschen Bewegung, die unaufhaltsam zur Demokratisierung des öffentlichen Lebens drängt.“

Welche Offenbarung aus dem Munde eines Sozialdemokraten! Und obendrein eines Mannes, der Einblick in das Getriebe des Regierungssystems des Deutschen Reiches gehabt hat und noch hat. O gewiß, in einem hat Scheidemann Recht, in weiten Kreisen des deutschen Volkes besteht der Drang, von dem er spricht. Aber in welchem Kraftverhältnis findet dieser Drang Ausdruck im deutschen Reichstag, zu welcher Geltung gelangt er dort? Scheidemann kann im wenigsten darüber im Unklaren sein, daß der Mehrheitsblock, dem er und seine Fraktion angehören, bisher noch sehr wenig von jenen Eigenschaften an den Tag gelegt hat, die nötig wären, um dessen Bereitschaft und Macht, für irgend etwas auf dem Gebiete der hohen Politik Bürgschaft zu leisten, unterrichteten Ausländern als Realität erscheinen zu lassen, auf die man, bildlich gesprochen, Hypotheken geben kann. Was verraten uns denn die diplomatischen Schriftstücke, die gerade in diesen Tagen aus den staatlichen und dynastischen Archiven zur Veröffentlichung gelangt sind? Wie immer man die Anschauungen und Handlungen der Regenten beurteilen mag, die dort zu Wort gekommen sind, in bezug auf die Frage, die Scheidemann mit einer eleganten Bewegung als quasi gelöst hinstellt? Deutlich lassen die Schriftstücke erkennen, daß die Lenkung der auswärtigen Politik des Deutschen Reiches Einflüssen untersteht, über die gemäß der derzeitigen Verfassung des Deutschen Reiches der Reichstag gar keine Kontrolle hat. Aber wo ist die Partei im Mehrheitsblock, die den Willen und die Kraft hat, darauf zu dringen und dafür alle Hebel in Bewegung zu setzen, daß hierin gründlicher Wandel geschafft werde?

Daß halbe Maßnahmen da wenig ändern, ja, unter Umständen eher Schaden würden, kann dem aufmerksamen Leser der besagten Schriftstücke kaum noch ein Geheimnis sein. Man erfieht aus ihnen, wie leicht es beim gegebenen Regierungssystem geschehen kann, daß unkontrollierbare Einflüsse ein Land in eine Situation bringen, wo selbst die Uebertragung oder Ueberweisung der Entscheidung über Krieg und Frieden an die Volksvertretung zur Sache bloßen Scheins würde. Das ist aber doch wahrhaftig keine Lösung des Problems der politischen Bürgschaften, daß man ein Verhältnis schafft, bei dem die höchste Macht und die höchste Verantwortung getrennt bleiben. Fürchten sind Menschen mit sehr verschiedener Geistes- und Charakteranlage. Zu allen Zeiten hat es unter ihnen solche gegeben, die einer Politik huldigten, für welche der Volksmund den Ausdruck Schiebung hat. Wenn die Bürgschaft durch das Volk Wahrheit sein soll, dann müssen Zustände geschaffen werden, die selbst die Möglichkeit solchen Spiels ausschließen.

Soll diese Aufgabe erfüllt werden, so muß man alles vermeiden, was das Volk über ihre wahre Natur täuschen könnte. Immer geneigt, die beste Deutung der Handlung anderer vorzuzusetzen, will

ich annehmen, Scheidemann habe dem Amerikaner das rosigste Bild vorgegemalt, um dessen Landsteuer für den schleunigen Frieden günstig zu stimmen. Aber das ist ganz verkehrte Diplomatie. Wenn er von einer „Macht“ des deutschen Reichstages spricht, die freilich da sein könnte, die aber, wie doch alle Welt weiß, nicht da ist, sondern erst erkämpft werden muß — im harten Kampf gegen Mächte errungen werden muß, die von Scheidemanns Bundesbrüdern und, wie der Artikel Heilmanns wieder gezeigt hat, auch nicht wenigen seiner Genossen dem deutschen Volke als höhere Wesen hingestellt werden, die es nur anzubeten, aber beiseite nicht zu kritisieren hat, dann findet er, außer bei Pazifisten, die gern sich aufreden lassen, was sie wünschen, draußen herzlich wenig Gläubige. Er wird nur den Glauben an die Fähigkeit seiner Fraktion, dem Militarismus eine ernsthaft demokratische Gegenkraft entgegenzustellen, einen neuen Stoß verfehlen haben.

Für das Wesen der Politik der Mehrheitsfraktion ist es aber bezeichnend, daß jedesmal, wenn ihre berufenen Sprecher zu politischen Kundgebungen öffentlich das Wort nehmen, sie im Gegensatz zur besten Tradition der Sozialdemokratie sich veranlaßt sahen, die Dinge im Reich so hinzustellen, wie sie — leider! — nicht sind. Bei Scheidemann hat man das von Anfang seiner Agitation an, die er unter dem Zeichen Friedensagitation entfaltet hat, besonders klar verfolgen können. Die Antwort, die Bethmann Hollweg jüngst dem früheren amerikanischen Botschafter Gerard hinsichtlich seiner Absichten in bezug auf Belgien hat Anteil werden lassen, hat auch diese Gepflogenheit Scheidemanns in Erinnerung gerufen. Mit der Sicherheit des Eingeweihten verkündete er: „Was belgisch ist, soll belgisch bleiben“. Woher er diese Kunde hatte, ist sein Geheimnis. Bethmann Hollwegs damalige Reden schon ließen unzweideutig erkennen, daß das selbst dessen Absicht nicht war, gar nicht zu reden von den einflussreichen Elementen im Reich, mit denen er im Kampfe lag. Und seine Antwort an Gerard ist wieder so abgefaßt, daß nichts von den Absichten hinsichtlich Belgiens, wie Gerard sie schildert, unumwunden in Abrede gestellt wird.

Die Diplomatie hat unzählige Wege, sich so auszudrücken, daß sie das nicht sagt, was sie meint. Der Satz „was belgisch ist, soll belgisch bleiben“, ist der verschiedensten Auslegung fähig. Er kann ausschließlich auf den Gebietsumfang und den Namen des Königreichs Belgien bezogen werden. Ich will aber nicht hoffen, daß Scheidemann es so gemeint hat. Denn zum Bestehen einer Nation gehört noch etwas mehr. Die Verfügung über sich selbst, über ihre Verwaltung, ihr Verkehrswesen, ihre Politik gehört auch dazu. Wenn er persönlich auch im Traum nicht die Absicht hat, dieses — sagen wir zum Unterschied von anderen, ideelle Bestium anzutasten, das wir Sozialdemokraten doch nicht geringer einschätzen, als den materiellen Besitz, welche Sicherheit hatte er dafür, daß andere sehr viel einflussreichere in Deutschland gleichfalls nichts dergleichen vorhaben? Um das wenigstens zu sagen, gar keine. Und doch hauferte er mit diesem Schlagwort.

Es ist das nur ein Beispiel aus der Fülle der Unrealitäten in seinen Reden. Soll man sie um des angegebenen Zwecks dieser Reden willen unkritisiert hingehen lassen? Gerade die Rücksicht auf diesen Zweck — der Kampf für einen schnellen und quieten Frieden in unserem Sinne verbietet das. Es ist nichts gefährlicher als eine Sprache und Haltung, die das heimische Volk über die wahre Sachlage hinwegtäuschen und den Völkern draußen den Glauben an den klaren Blick, die Ehrlichkeit und den entschiedenen Willen der Sozialdemokratie rauben.

Freilich ist nur wenig Hoffnung, daß die Kritik etwas hilft. Der Bruch mit der alten Gepflogenheit der Partei, stets klar zu sagen, was ist, ist die notwendige Folge des widersprüchlichen Charakters ihrer Politik, die demokratisch-antiimperialistisch sein will, zugleich aber, soweit ihr Einfluß reicht, die Kräfte der deutschen Arbeiterschaft elementar dienstbar macht, deren antidemokratisch-imperialistische Tendenzen sich sachlich nur wenig und prinzipiell gar nicht von denen der Alldeutschen unterscheiden, gegen welche die Scheidemann und Genossen so gern ihren Donner ertönen lassen. Sie erinnern an die Arbeit des Stymphis, von der sie sich jedoch dadurch unterscheidet, daß der unselbige Gründer Korinths sich nicht selbst dazu verdammt hatte, den ewig fallenden Stein zu wälzen. Der „Vorwärts“ hat in der letzten Zeit verschiedene Artikel gebracht, die auf solche Momente schließen lassen. Sie haben aber den inneren Widerspruch jener Politik nur um so klarer in die Erscheinung treten lassen.

## Keine Legendenbildung!

Der „Vorwärts“ hat kürzlich (Nr. 227 vom 20. Aug.) einen kurzen Auszug aus einem im Jahre 1915 geschriebenen Artikel des Genossen Friedrich Adler aus der Züricher „Internationalen Rundschau“ veröffentlicht, der den Anschein erwecken könnte, als stünne Genosse Adler durchaus der Haltung der deutschen „Mehrheit“ in der elsaß-lothringischen Frage bei. Uns ist in dieser Angelegenheit ein Brief zur Verfügung gestellt worden, den Genosse Adler am 17. September 1916 an einen zu Kriegsdiensten eingerückten Freund gerichtet hat. Auf Grund dieses Briefes, dessen Wortlaut wir leider nicht veröffentlichen können, stellen wir folgendes fest:

1. Der Artikel, den die Internationale Rundschau zwei Jahre nach seiner Fertigstellung veröffentlichte, wurde vom Verfasser geschrieben, um Anmeldegedanken überhaupt kritisieren zu können. „Was war mir damals Nebenfrage.“ schreibt Genosse Adler in seinem Briefe. Dennoch ergibt sich schon aus seinem Artikel, der die Wandlungen in der Politik der französischen Sozialisten gegenüber Elsaß-Lothringen schildert und wichtiges historisches Material zusammenfaßt, ein wesentlich anderes Bild, als aus dem im „Vorwärts“ veröffentlichten tendenziösen Auszug.

2. Ein gründliches Studium der elsaß-lothringischen Frage brachte den Genossen Adler im zweiten Kriegsjahr

zu der Ueberzeugung, daß sein im ersten Artikel ausgedrückter Standpunkt nicht mehr in allen Punkten aufrecht erhalten werden könne. Sein allgemeiner Standpunkt, daß nicht der Krieg entscheiden werde, sondern daß man über den Krieg entscheiden müsse, führte ihn nun, wo er die Frage Elsaß-Lothringen als eine selbständige Frage im Brennpunkt der durch den Krieg aufgerollten Probleme untersuchte, zu einem Standpunkt, der dem ihm jetzt irrtümlich zugeschriebenen diametral entgegengesetzt wird.

Dies zur Steuer der Wahrheit und zur Vorbeugung von Legenden, die in Parteikreisen an den Auszug aus dem ersten Artikel des Genossen Adler geknüpft werden.

## Die U. S. P. in Hessen.

Lange Jahre hindurch wurde die Parteibewegung in Hessen vom kräftigsten Opportunismus beherrscht. Die Ulrich, David, Quessel etc. hielten das Zepter in fester Hand. So wählte man auch, leichter mit der Opposition fertig zu werden, nachdem die Parteimitglieder zur Spaltung geführt. Doch die Herren täuschten sich. Auch in Hessen ist die Unabhängige Sozialdemokratische Partei auf dem Vormarsch. Die Wahlkreisorganisation Friedberg-Büdingen beschloß mit großer Mehrheit ihrer Uebertritt zur U. S. P. Die wenigen Regierungsozialisten in diesem Kreis vollführen wohl in ihrer Presse ein großes Geschrei, doch daß sich dahinter nur deren Ohnmacht verbirgt, ist den Genossen allerorts bekannt. Die Täuschungsmandate der Herren ziehen nicht.

Die Wahlkreisorganisation für Siegen-Midda lehnte zwar den Uebertritt zur U. S. P. mit knapper Mehrheit ab, doch kam letztere nur zustande dank dem Stimmrecht eines halben Duzend Vorstandsmitglieder (darunter zweier Angehörten der Oberhessischen Volkszeitung, die sich jahrelang als Minderheitsanhänger gerierten, nur aber am wütendsten den Uebertritt bekämpften. Bezeichnend!) und einem Delegierten-system, das einer geringen Minderheit der Mitglieder der Kreisorganisation die Mehrheit der Delegierten gesichert hatte. Nach dieser Konferenz beschloß ein Teil der Parteimitglieder des Kreises — darunter spez. die größeren Parteiforte! — den Uebertritt zur U. S. P., so daß heute die starke Mehrheit der Parteimitglieder des Kreises in der U. S. P. vereinigt ist.

Als im Wahlkreis Offenbach-Dieburg die U. S. P. mit der Bildung einer Wahlkreisorganisation einsetzte, glaubten die Herren im Offenbacher Abendblatt die Neugründung damit verspotten zu können, daß sie deren Mitglieder als im wesentlichen aus Angestellten des Arbeiterverbandes bestehend bezeichneten. Unsere Genossen haben weder auf diese Bemerkungen reagiert, noch auf spätere Artikel und Annoncen, die zu Duzenden im Offenbacher Abendblatt abgedruckt wurden, sondern sich unbeeinträchtigt dem Ausbau ihrer Organisation gewidmet. Mit Erfolg. Mehrere Parteifortale, an ihrer Spitze Klein-Sieinheim und Hainstadt, beschloßen ihren Uebertritt, in einer Reihe anderer Orte wurden Filialen gegründet, so daß die Wahlkreisorganisation bereits heute über eine ansehnliche Mitgliedschaft verfügt.

Auch im Mainz-Oppheimer Kreis hat die U. S. P. ihre Wahlkreisorganisation, die an Boden gewinnt. In den letzten Tagen noch beschloßen die Genossen von Gonsenheim, einem Mainzer Vorort, einmütig den Anschluß ihrer Parteifiliale an die U. S. P.

Im Wormser Wahlkreis waren es die Genossen von Lampertheim, die zuerst der U. S. P. im Kreise Eingang verschafften, ihr eine feste Organisation schufen. Auch im Darmstädter Wahlkreis hat die U. S. P. festen Fuß gefaßt. Was man in diesem wie in anderen Kreisen noch so viel „Warnungen“ etc. an die Parteimitglieder erlassen, sie mahnend, sich nur ja nicht mit den Vertretern der U. S. P. einzulassen, den Parteisekretariaten der Regierungsozialisten sofort Nachricht zu geben — eventuell durch Telegramm! —, wo Agitatoren der Unabhängigen auftauchen usw., es wird unsere Entwicklung nicht aufhalten. Unsere Genossen wissen, wen sie vor sich haben, sie kennen die Kampfmittel — und was für welche! —, die von den Regierungsozialisten und deren Presse angewandt werden. Für heute sei nur noch festgehalten deren beliebte Methode, die tätigen Genossen der U. S. P. bei „passenden“ Gelegenheiten in der Presse namentlich „hervorzuheben“. Wir verstehen diese Uebung und „würdigen“ sie. Doch unsere Sache marschiert. Vorwärts auch in Hessen!

## Eine Werbewoche für die U. S. P.

veranstaltet kürzlich unsere Genossen in der südwestdeutschen Ecke (Rassau, Cassel, Hessen, Baden und Pfalz) mit einem ansehnlichen Erfolg. 882 neue Parteimitglieder wurden gewonnen. Voran marschiert Mannheim mit einem Gewinn von 200 Mitgliedern, ihm folgen Frankfurt und Cassel mit je 68, der Höchstkreis mit 50, Ludwigshafen 46, die Kreise Siegen 42, Offenbach 35, Hanau 30, Wiesbaden 24, Mainz 19, Diez-Limburg 17, Friedberg und Dillkreis je 13, Weylar 4, Montebour und Worms je 3, Marburg und Siegen je 2 Mitglieder. Berücksichtigt man, daß den Genossen im gesamten Raum keine Presse zur Verfügung steht, die Agitationsarbeit bei schwachen Kräften und Mitteln unter den erschwerten Kriegszuständen geleistet werden muß, so ist das Ergebnis der Werbewoche als ein recht erfreuliches zu buchen. Es bekundet erneut die Werbekraft der U. S. P., der natürlich nicht nur in einer Werbewoche, sondern stetig neue Arbeitermassen zutreiben. Diesen Entwicklungsgang allerwärts zu fördern, ist Pflicht aller Genossen und Genossinnen, die sich heute um das Banner der U. S. P. scharen.

## Vergeßt die sozialistische Aufklärung nicht!

Unter all den Sorgen und Nöten der Gegenwart, die auf dem Einzelnen lasten, über der notwendigen Arbeit in den Organisationen, dürfen wir nicht vergessen, daß es in dieser Zeit, in der

Der Sozialismus eine Krisis durchmacht, unbedingt notwendig ist, in den Köpfen unserer Mitglieder das Wissen vom Geist und Wesen des Sozialismus zu wehren und lebendig zu erhalten. Wichtige Probleme des wirtschaftlichen, politischen und sozialen Lebens türmen sich vor uns auf, folgenschwere Kämpfe stehen der Arbeiterschaft bevor. Mit der Strohfeuerbegeisterung ungeschulter Massen werden diese nicht zu führen sein, ebensowenig mit alten Schlagworten, die den eindringlichen Lehren der Weltkatastrophe nicht gerecht werden. Die Unabhängige Sozialdemokratie wird ihre Aufgabe nicht erfüllen können, wenn sie nicht für eine geschulte Kerntruppe sorgt, die nicht nur das äußere Organisationsleben aufrecht erhält, sondern auch einen Schatz von sozialistischem Wissen im Kopfe hat, von dem sie fernstehenden Arbeitermassen austeilen kann. Die Klarheit über Wege und Ziele des Sozialismus verleiht der Begeisterung des Herzens für unsere Sache erst den rechten Halt und die rechte Dauer. Mögen die neunmalweisen Angestellten und Vorstandskostgänger, die in regierungsozialistischen Organisationen den Ton angeben, über unsere proletarische Bildungsarbeit spötteln; gerade ihr Spott soll uns von der Notwendigkeit, sozialistische Aufklärung zu verbreiten, überzeugen.

Diese Arbeit ist im vierten Kriegswinter nicht leicht. Wir vertrauen aber auf das geistige Interesse und die tätige Mitwirkung unserer Genossen und Genossinnen. Hat ihnen doch der Krieg mit seinen Erschütterungen des Völkerebens, seinen wirtschaftlichen Nöten, seinen innerpolitischen Irrungen und Wirrungen, seinen Konflikten innerhalb der Arbeiterbewegung gezeigt, wie notwendig eine Schulung in wirklich sozialistischem Sinne ist. Und diese Schulung ist noch notwendiger, wenn es an die Überwindung der Kriegswirkungen und Kriegsfolgen geht, wenn wir in der kommenden Friedenszeit neue Katastrophen vermeiden und unseren sozialistischen und demokratischen Zielen näher kommen wollen.

Zurzeit ist die Arbeiterbildungsschule der Ort, wo die sozialistische Aufklärung erfolgen kann. Sie wird auch in diesem Kriegswinter ihre Lehrtätigkeit aufnehmen und die Genossen und Genossinnen in Wissensgebiete einführen, die nicht bloß tote Theorie bieten sollen, sondern lebendige Anregung für die sozialdemokratischen Aufgaben in Gegenwart und Zukunft geben sollen. Eine rege und zahlreiche Beteiligung der Genossen und Genossinnen an den Kursen wird erweisen, ob ein frischer Geist in den Reihen der Mitglieder der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Groß-Berlins weht, oder ob man im alten, stumpfen Organisationstrott einherwandeln will.

Für den Lehrplan des kommenden Vierteljahres sind folgende je 10 Abende umfassende Kurse vorgesehen:

1. Aus der Geschichte des Sozialismus und der Sozialdemokratie. — Für diesen Kursus sollen besonders die Frauen interessiert werden.
2. Ein Kursus für Jugendliche: Einführung in die Grundlagen des wissenschaftlichen Sozialismus.
3. Die ökonomische und soziale Entwicklung Rußlands seit der Bauernbefreiung.
4. Wirtschaftsprobleme des Weltkrieges: Kriegs- und Staatssozialismus, Monopole, Steuerfragen usw.

An den Sonntagabenden werden wieder einige, je 4 Abende umfassende Vortragszyklen stattfinden, und zwar an den vier Sonntagen des Monats Oktober, beginnend am 7. Oktober, musikalische Vorträge über Mozart mit Erläuterungen am Klavier.

An den Sonntagen des Monats November Vorträge aus dem Gebiete der Naturwissenschaften (Darwinismus, Entwicklungstheorie usw.). Alles Nähere wird noch rechtzeitig bekannt gegeben werden. Die Wochenkurse beginnen am 15. Oktober.

Am 27. Oktober veranstaltet der Bezirksbildungsausschuß einen Kunstabend, für den ein würdiges, auf einen heitern Ton gestimmtes Programm vorgesehen ist. Die Veranstaltung findet im großen Saale des Lehrervereinshauses am Alexanderplatz statt. Der Reinertrag des Abends soll der Arbeiterbildungsschule zugute kommen. Mögen die Genossen und Genossinnen für einen recht zahlreichen Besuch dieser Veranstaltung Sorge tragen.

Die reichhaltige Bibliothek der Arbeiterbildungsschule steht vom 15. Oktober ab nicht

allein den Kursteilnehmern, sondern auch allen Wahlvereinsmitgliedern der Groß-Berliner Organisation und den Mitgliedern der Vereinigung Arbeiterjugend gegen entsprechende Legitimation unentgeltlich zur Verfügung. Mögen die Genossen und Genossinnen auch von dieser Bildungsmöglichkeit ausgiebigen Gebrauch machen.

### Zur Spaltung der Rathausfraktion.

Die Spaltung der Berliner Rathausfraktion hat dem „Vorwärts“ Krokodilstränen abgepreßt. Nachdem er die vollzogene Tatsache der Spaltung mitgeteilt hat, weinert er:

„In mühevoller Arbeit eines vollen Menschenalters hat die Fraktion eine achtunggebietende Stellung in der Berliner Stadtverwaltung zum Wohle der arbeitenden Bevölkerung errungen. Die bisher, so konnte das Kommunalprogramm auch weiterhin die Grundlage für gemeinsame erzieherische Tätigkeit abgeben. Ohne inneren Grund ist der stolze Bau, an dessen Grundlegung und Errichtung der Genosse Paul Singer in erster Reihe mitgewirkt hat, in Trümmer geschlagen. Der bisherigen Tätigkeit der Unabhängigen stellt diese neue Tat sich würdig zur Seite.“

Das schreibt derselbe „Vorwärts“, der nicht laut und vernehmlich genug als treuer Schildknappe des Parteivorstandes die oppositionellen Genossen, die gegen die verderbliche Politik des Parteivorstandes Front machten, „als außerhalb der Partei stehend“ kennzeichnen half. Der „Vorwärts“ war ganz damit einverstanden, daß anlässlich der im Februar stattgehabten Landtagswahl im 11. Berliner Landtagswahlbezirk unserem Kandidaten, dem Genossen Mehring, ein Gegenkandidat entgegengesetzt wurde, obwohl es sich um eine Protestwahl wegen Liebtnechts Verurteilung handelte. Der „Vorwärts“ fand kein Wort dagegen, daß sich die Regierungsozialisten mit den politischen Gegnern gegen uns verbündeten. Und so etwas will dann von gemeinsamer Arbeit reden und davon, daß der stolze Bau in Trümmer geschlagen. Spottet seiner selbst und weht nicht viel! Dabei muß der „Vorwärts“ mitteilen, daß der Bezirksvorstand der Regierungsozialisten in Groß-Berlin selber seine Getreuen im Berliner Rathaus um sich sammeln will. Am 6. September hat dieser Bezirksvorstand folgenden Beschluß gefaßt:

„Der Bezirksvorstand hält es für geboten, daß die Mitglieder der Stadtverordnetenfraktion, die auf dem Boden der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands stehen, ihre Tätigkeit im Zusammenhang mit den Organisationen dieser Partei ausüben. Sie haben als Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei das Mandat erhalten und sind nur dieser und ihren Organisationen verantwortlich.“

Richtig ist an dem Beschluß, daß die Mitglieder der Stadtverordnetenfraktion als Mitglieder der sozialdemokratischen Partei das Mandat erhalten haben, ebenso richtig ist aber, daß die Tätigkeit der Regierungsozialisten mit den Grundsätzen der Sozialdemokratie längst nicht mehr übereinstimmt. Deshalb haben sie in Berlin auch Sonderorganisationen gegründet im Gegensatz zu den sozialdemokratischen Organisationen, die sich als zur Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei zählen, die Organisationen, von denen die Stadtverordneten ihre Mandate erhalten haben und denen sie nur verantwortlich sind. Dieser Verantwortung entziehen sich aber die Sozialpatrioten. Wären sie wirkliche Demokraten, müßten sie ihre Mandate in die Hände ihrer Auftraggeber zurückgeben und nicht warten, bis ihre Amtszeit abgelaufen ist. Und diejenigen, deren Amtszeit in diesem Jahre abläuft, müßten in erster Linie Rechenschaft geben und es ablehnen, ihr Mandat bis zur vorläufig verschobenen Neuwahl auszuüben. Das tun die Leute aber nicht, sie klammern sich unter allen Umständen an das Mandat. Die Leute wissen, daß sie nicht wiedergewählt werden.

Nein! Es war notwendig, auch in der Rathausfraktion Klarheit zu schaffen. Das ist nun geschehen. Der Unabhängigen Sozialdemokratischen Fraktion haben sich folgende Mitglieder angeschlossen: Barthelmann, Börner, Drescher, Eichhorn, Hinge, Adolf Hoffmann, Paul Hoffmann, Leid, Manasse, Dr. Rosenfeld, Gottfried Schulz, Sedelsohn, Stahl, Wengels, Dr. Weil, Dr. Zaded, Zubeil, Stadthagen, Burm und Oscar Cohn.

Das sind 20 Mitglieder. Die gesamte Fraktion zählte bisher 45 Mitglieder. Genosse Seyse steht im Felde und scheidet vorläufig aus. Die Fraktionsverhältnisse im Rathaus gestalten sich nunmehr wie folgt: An der Spitze steht die sogenannte Alte Fiske (Cassel) mit 68 Mitgliedern, dann folgt die „Freie Fraktion“ (Rommsen), ihr würden die Abhängigen mit 22 oder 24 Mitgliedern — die Zahl ist noch nicht sicher, da vielleicht 2 Mitglieder sich keiner Fraktion anschließen wollen — und schließlich folgt die Fraktion

der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei. Mit der Zeit dürften auch in den Verwaltungsdeputationen Verschiebungen eintreten.

### Groß-Berliner Chronik.

Der „Deutsche Verein für Armenpflege und Wohltätigkeit“ hielt in der vergangenen Woche in Berlin eine Kriegstagung ab, in der verschiedene soziale Probleme erörtert wurden. Unter anderem wurde die Arbeitslosenunterstützung durch das Reich befürwortet.

Der Magistrat hat 2 Millionen Mark bewilligt zur Beschaffung von Holz für die weniger bemittelte Bevölkerung zu Heizzwecken. In welcher Weise die Verteilung des Brennholzes erfolgen soll, ist noch nicht bekannt gegeben.

Die Gaspreiserhöhung ist in dem zur Vorbereitung der Vorlage eingesetzten Ausschuß zur Annahme gelangt gegen die sozialdemokratischen Stimmen. Die Sozialdemokraten versuchten eine Milderung herbeizuführen durch einen Antrag, 600 Kubikmeter freizulassen von der Preiserhöhung. Der Antrag wurde abgelehnt.

In der Gemeindevertreter-Ergebniswahl der 3. Abteilung in Altes Hof, die am Sonntag, den 23. September stattfand, wurde der Genosse Federarbeiter Karl Kerschmar gewählt. Der Gegenkandidat, ein Festbesoldeter, der sich im Lokalblatte hatte empfehlen lassen, erhielt 2 Stimmen, während unser Genosse mit 157 Stimmen gewählt wurde.

In Neukölln fanden am 23. September ebenfalls Ergebniswahlen zur Stadtverordneten-Versammlung statt. Zu wählen waren zwei Hausbesitzer für die 2. Abteilung. Unsere Genossen nahmen in Ermangelung von Hausbesitzer-Kandidaten von einer Beteiligung Abstand. Gewählt wurden die Herren August Neumann und Wäde. Die Beteiligung war sehr schwach. Der „Vorwärts“ feiert dieses Ergebnis als besonderen Erfolg der Regierungsozialisten. Das sind Kämpfer für ein besseres Wahlrecht, die das Hausbesitzerprivileg für sich benutzen.

Zu Besitzern der Berliner Mietseinnahmsämter, die auf Veranlassung des Ministeriums des Innern errichtet werden, haben die Gewerkschaften und Angestellte dem Magistrat 12 Personen namhaft gemacht, die aus Vertretern freier Gewerkschaften, Kirch-Dunkerschützen und Christlichen bestehen. Die Mietpreiserhöhungen sollen den Mietseinnahmsämtern unterstehen. Ihr bisheriges Wirken beschränkte sich auf Erstattung von Gutachten, hat sich aber in weiteren Kreisen keine Anerkennung erwerben können.

Durchgehende Arbeitszeit in den Rechtsanwaltsbüros hat eine größere Anzahl Berliner Rechtsanwälte mit Rücksicht auf die Kriegsverhältnisse zur Erspargung von Licht und Heizung in ihren Betrieben eingeführt. Die Büros werden regelmäßig zwischen 4 und 5 Uhr geschlossen werden.

Eine Milchpreiserhöhung ist in letzter Woche wieder eingetreten. Das Liter Vollmilch ist von 40 Pf. auf 46 Pf. hinausgeschraubt worden; ein recht bezeichnender Säuglingsmilch, diese neue Preiserhöhung und eine außerordentlich starke Belastung der Bevölkerung zugunsten der Milchproduzenten. Trotz der Preiserhöhung dürfte nicht ein Liter Milch mehr nach Berlin kommen.

Der Ernährungsausschuß der Firma Siemens u. Halske hat sein Amt niedergelegt, weil die ihm zugestanden Rechte so ungenügend waren, daß von einer wirksamen Betätigung keine Rede sein konnte. Eine Versammlung der Arbeiter des Betriebes erhob entschiedenen Protest gegen die ungenügende Regelung der Ernährungsangelegenheiten und wandte sich auch gegen Neuerungen des Direktor Heller, daß die Arbeiter eine besondere Zuwendung von Brot und sonstigen Lebensmitteln auf Kosten der übrigen Groß-Berliner Einwohnerschaft für erwünscht hielten.

Die Kosten für die Massenmahlzeit in Berlin sollen durch Erhöhung des Portionspreises von 40 auf 50 Pf. wettgemacht werden. Bezeichnend ist, daß in dem Ernährungsbeitrag, in dem die Preiserhöhung beschlossen wurde, der Stadtverordnete Adolf Ritter, Mitglied der Berliner Gewerkschaftskommission, es fertig brachte, für diese Preiserhöhung zu stimmen. Für Familien mit 3 Kindern bedeutet diese Erhöhung monatlich 15 Mark. Und dazu trägt ein Arbeitervertreter bei.

Die Fleischversorgung in Groß-Berlin läßt von Woche zu Woche zu wünschen übrig. Die Geltungsdauer der Fleischkarten muß verlängert werden, weil das Fleisch nicht reicht. Im übrigen wird die städtische Bevölkerung auch beim Fleischkauf noch besonders belästert werden, indem das Vieh eine neue Klasseneinteilung erfährt, minderwertiges Vieh in höhere Klassen kommt, wodurch sich die Preise erhöhen.

Kartoffeln aus ländlichen Bezirken können Berliner Einwohner beziehen, wenn sie vom Berliner Magistrat eine Bezugsbewilligung haben und wenn der zuständige Landrat im Einvernehmen mit dem Berliner Magistrat die Ausführung bewilligt. Auskünfte erteilt die Abteilung für Kartoffelversorgung, Schilderstraße 7. Hoffentlich geht es den Kartoffelbezieher von außerhalb nicht so wie vor zwei Jahren, wo durch den langen Eisenbahntransport Unmenge von Kartoffeln nach Wochen erfroren und unbrauchbar in die Hände der Besteller gelangten.

Weil er unhöflich war, ist dem Kohlenhändler Louis Voebell, Fennstr. 22-26, vom Kriegsmüheramt der Kleinhandel mit Gegenständen des täglichen Bedarfs untersagt worden. Ueber Voebell waren Beschwerden laut geworden, monach er die Einkäufer kleinerer Kohlenmengen, selbst wenn sie ihre Wünsche bescheiden vorbrachten, überflüssig lange warten ließ und grob aufuhr. Nach sorgfältiger Prüfung der Sachlage verbot das Kriegsmüheramt Voebell den Kleinhandel, da es im ungenügenden Benehmen eines Gewerbetreibenden dem Käufer gegenüber eine Unzuverlässigkeit im Sinne der Bekanntmachung zur Fernhaltung unzuverlässiger Personen vom Handel erblickte. — Wenn das Kriegsmüheramt auf diesem Wege fortschreitet, so wird es sehr vielen Geschäft-

Texten den Handel untersagen müssen. Vor allem mühten dann zahlreiche Fleischläden geschlossen werden, denn vielfach spottet die Behandlung jeder Beschreibung.

Des Mordes selbstbezüglich hat sich ein siebzehnjähriger Mensch, der angab, die Schankwirtin Frau Jacobin in der Kowalski-Straße ermordet zu haben. Es stellte sich aber heraus, daß die Angabe erfunden war.

Ehtragsdienen sind jetzt an der Tagesordnung. Ein auf Urlaub gekommener namens Jüterbod mußte feststellen, daß seine Frau mit einem anderen Mann zusammenwohnte. Die lebhaften Auseinandersetzungen endeten mit schweren Verletzungen, die der Mann seiner Frau mit dem Seitengewehr beibrachte. Dann stellte er sich selbst der Polizei. — In der Regensburgerstraße ereignete sich ein gleicher Vorfall. Ein im Felde stehender auf Urlaub gekommener Kaufmann Sch. senerte auf seine Frau und traf sie schwer im Gesicht und Unterleib. Dann schloß er sich eine Kugel in die Schläfe. Jetzt liegen Mann und Frau im Schöneberger Krankenhaus schwer darnieder. — In den Tod gegangen ist eine in der Taborstraße wohnende Schauspielerfamilie Schulze. Schulze war bis vor kurzem im Thalia-Theater beschäftigt gewesen und litt jetzt große Not. In der Verzweiflung griff er mit seiner 30 Jahre alten Gattin zum Gift und nahm auch drei Kinder mit. Die älteste 13 Jahre alte Tochter wollte in der Schule und ist so dem Tode entgangen. Für sie hatte der Vater eine Schale mit Gift und einen Brief hinterlassen, in dem er ihr schreibt, wenn sie den Eltern folgen wolle, möge sie es tun. Das Gift wirkte schmerzlos und schnell. „Sonne“, heißt es in dem Briefe, „find die Papiere in Ordnung, Möbel und Klavier sind dein. Wir konnten nicht anders handeln und können nicht länger leben.“

In einigen Blättern wird gesagt, in Berlin brauche niemand zu verhungern, wenn er sich nur rechtzeitig an die zuständige Armenkommission wende. Nun ist es nicht Jedermanns Sache, den Weg zum Armenvorsteher anzutreten und dann sind die Unterstützungen, die an Familien gezahlt werden, durchaus nicht so, daß man davon allein — noch dazu in jetziger Zeit — leben kann, ganz abgesehen von der Demütigung, die damit verbunden ist.

Eine Pockenausstellung ist im Kaiserin-Friedrich-Haus eröffnet worden, die sehr instruktiv über die verschiedenen Phasen dieser Epidemie Auskunft gibt.

Ein Verbot der Sohlenhauer ist erlassen worden. Die kleinen Lederstücken sollen besser als Flickleder Verwendung finden, anstatt zerhackt zu werden. Viele Leute werden das nicht recht begreifen.

Eine Pilzausstellung findet im Botanischen Museum in Dahlem statt. Sie umfaßt zwei Abteilungen; die erste enthält eßbare, giftige und ungenießbare Pilze, insgesamt 130 Arten lebende, sowie sämtliche jetzt nicht vorhandene oder später auftretende Pilze in Alkohol konserviert. In der zweiten Abteilung sind schädliche Pilze untergebracht, das heißt solche, die andere Pflanzen zerstören, insbesondere handelt es sich dabei um Schädlinge für Obst, Gemüse und Getreide. Auch eine Gruppe holzerstörender Pilze ist vorhanden. Umfangreiche Sondergruppen sind den Champignons und den Knollenblätterpilzen gewidmet; die natürliche Darstellung eines Hegenringes erregt gleichfalls die Aufmerksamkeit der Besucher. In einem erläuternden Vortrage warnte Dr. Ulrich vor der Pilzabereitung durch Personen, die die Pilze nicht genau kennen; es ist ratsam, sich auf bekannte Arten zu beschränken.

Das Residenztheater hat die Komödie des Redakteurs Robert Grösch von der Dresdener Arbeiterzeitung: „Doktorpotts Erben“ zur Aufführung gebracht, nachdem sie am Dresdener Hoftheater aufgeführt worden ist. In einer Besprechung des Stückes glaubt der Rezensent der B. Z. als besonders bemerkenswert zu bezeichnen zu müssen, daß außer dem Verfasser der Reichstagsabgeordnete Scheidemann in einer Loge anwesend war. Das Stück scheint zu einem Streit über den Ursprung dieser Hundekomödie — denn um eine solche handelt es sich — Veranlassung geben zu sollen. Der Berliner Schriftsteller Henry Wenden teilt dem „Berliner Tageblatt“ mit, daß er den Nachweis erbringen will, daß die Idee einer Erzählung „Der Universalerbe“ entspreche, die Wenden am 3. Juni 1912 in einer Berliner Montagszeitung veröffentlicht hat. Auch in dieser „Menschen- und Hundengeschichte“ wird, zum Jammer der nächsten Verwandtschaft, ein Hund zum Universalerben eingesetzt, auch hier enthält ein verschlossenes Kodex die Bestimmung, daß erst nach dem Tode des vierbeinigen Universalerben die Summe verteilt werden darf. Der Schluß der Geschichte klingt zwar anders aus, aber Herr Wenden beruft sich auf das Grundmotiv, das seine Idee sei. Wir werden uns darüber den Kopf nicht zerbrechen.

### Bei den Schulentlassenen.

Es ist Sonntag. Wir schreiben dem 23. September. Von der Klosterstraße aus begeben wir uns in das Stadthaus. Die große Halle empfängt uns. Sie macht wie zur Feier des Tages mit dem auf feinerem Sockel stehenden Berliner Bär einen solchen feierlichen Eindruck. Bis auf den letzten Platz sind Halle und Gallerien mit festlich gekleideten Männern, Frauen und Kindern besetzt. Die ersten Reihen sind den Knaben und Mädchen reserviert, die eben der Schule den Rücken kehren. Ihnen gilt die Feier, die die Freireligiöse Gemeinde in Gemeinschaft mit der Arbeiter-Schaft Groß-Berlins für die schulentlassene Jugend veranstaltet haben. Und sie sind nicht wenig stolz, die heute im Mittelpunkt des Interesses stehen, die da zum ersten Male lange Kleider und lange Hosen tragen können. Welche Mühe und Kosten haben die Eltern nicht aufgewendet, um ihre Kinder zur Jugendweihe auszustatten. Ein kleines Vermögen geht bei den teuren Zeiten drauf.

Harmoniumklänge leiten ein. Von den Emporen tönen heile Kinderstimmen, der Chor der Freireligiösen Gemeinde, zu Ehren der da unten sitzenden

Jugendgenossen, die ins Leben hinaustreten sollen. Dann beginnt der Vortragende, Genosse Ernst Däumig, seinen Festvortrag. Er sagt den Zuhörern manche Lebensweisheit. Immer dringlicher wird er. Mensch sein, heißt Kämpfer sein, ist sein Motto. Und je länger er spricht, greift es manchen ans Herz. Dann wendet er sich direkt an seine jungen Freunde. Er sagt ihnen, daß sie Wahrheit und Recht auch in Zukunft als Leitmotiv ihres Handelns gelten lassen sollen, daß sie ihren Eltern, insbesondere ihren Müttern, dankbar sein mühten, dankbar in dem Sinne, daß sie ihnen in ihrem späteren Leben Freude machten und auch mit ihren Klassenossen gemeinsam wirkten. Man merkte es, daß der Vortragende mit seinem Appell an Menschentum und Solidarität ins Innerste traf. Das klang so ganz anders als bei einer Konfirmation, bei der die Schulentlassenen auf das Glaubensbekenntnis und auf die Gebote gelobten, ohne sich dabei etwas zu denken.

Und als wieder die stimmungsvollen Weisen des Harmoniums verklungen waren, trat wieder der Genosse Däumig vor und überreichte jedem Knaben und Mädchen ein mit einer Widmung ausgestattetes Buch als Andenken an die Jugendweihe.

Hoffen wir, daß die Schulentlassenen, die hinausgehen ins Erwerbsleben, die guten ihnen gegebenen Lehren in der Zukunft auch beherzigen werden.

### Aus der Bewegung.

Abgetan! Kürzlich haben das Gewerkschaftskartell in Leipzig und die dortige U. S. P. beschlossen, daß in den von den beiden Organisationen eingerichteten Kommissionen nur in der genannten Partei eingeschriebene Mitglieder mitarbeiten könnten. Man hätte erwarten können, daß dieser Beschluß von den Regierungssozialisten als selbstverständlich hingenommen worden wäre, entsprach er doch einem von der alten Partei und den Gewerkschaften seit Jahren geübten Grundsatz. Statt dessen machte man in Entrüstung. Auch das „Korrespondenzblatt“, das sich so eifrig bemüht hat, den Gewerkschaften die Kriegspolitik der Scheidemannner aufzundigen, verhöhnt den erwähnten Beschluß. Die die plappernden Mehrheitsblätter erklären, hat es ihn „abgetan“. Es hatte geschrieben:

„Die Gewerkschaften können und werden sich von niemand vorschreiben lassen, wen sie mit ihrer Vertretung in derartigen Ausschüssen betrauen wollen. Das ist eine rein gewerkschaftliche Angelegenheit. Zudem widerspricht es den Statuten aller der Generalkommission angeschlossenen Verbände, von ihren Mitgliedern die Zugehörigkeit zu einer bestimmten politischen Partei zu verlangen. In dieser parteipolitischen Neutralität den einzelnen Mitgliedern gegenüber festzuhalten, ist bei der heutigen Parteispaltung mehr denn je notwendig. Die Herren „Unabhängigen“ werden also entweder auf die Durchführungen ihres Beschlusses oder aber auf das Zusammenwirken mit Gewerkschaftsvertretern in solchen Ausschüssen schließlich verzichten müssen.“

Ist das bewußte Heuchelei oder der Beweis vollständiger Umlernerei, die eigene Grundzüge tofschlägt? Bisher galt es als selbstverständlich, daß in der Partei nur angestellt werden dürfe, wer auch gewerkschaftlich organisiert sei. Ja, die Gewerkschaften verlangten sogar, daß Mandate als sozialdemokratische Stadtverordnete und Gemeindevorsteher nur von gewerkschaftlich organisierten übernommen werden dürften und da soll die U. S. P. nicht das Recht haben, zu bestimmen, mit wem sie in den von ihr eingerichteten Kommissionen zusammenarbeiten will? Das „Korrespondenzblatt“ hat sich selbst abgetan; es fragt sich nur, ob sich die Gewerkschaftsmittelglieder ihre Bevormundung dauernd gefallen lassen werden. Wir denken: es besteht ein dringendes Bedürfnis, mit der vielbesprochenen Neuorientierung zunächst in der Scheidemannpartei und in den Gewerkschaften zu beginnen, hier mit der Mißhandlung der Demokratie Schluss zu machen, an die Stelle des Willens der Bürokratie den der Mitglieder zu setzen, derenwegen doch die Leitungen eingesetzt sind und nicht dazu, daß die Mitglieder nach ihrer Pfeife tanzen.

Hodenheim in Baden. Seit dem Uebertritt des hiesigen Ortsvereins zur U. S. P. D. ist hier wieder etwas Leben in die Bewegung gekommen. Eine von uns kürzlich geplante öffentliche Volksversammlung wurde leider verhindert. In einer dafür veranstalteten sehr gut besuchten Mitgliederversammlung, in der Genosse Lang aus Frankfurt über die politische Betätigung der Frauen referierte, wurde eine entsprechende Resolution zur Friedensfrage angenommen, in der die Zustimmung zur Politik der Unabhängigen Reichstagsfraktion ausgesprochen wurde.

Zur selben Stunde hatten auch die Regierungssozialisten eine öffentliche Volksversammlung einberufen, in der der Abgeordnete Wed sprechen durfte. Trotz umfangreicher Propaganda in den umliegenden Orten war diese Versammlung nur mäßig besucht. Dem Abgeordneten Wed und dem Vorsitzenden Strobel, die sich auch heftig gegen die Unabhängige Partei wandten, traten zwei Genossen unter der Zustimmung des größten Teils der Versammlung wirksam entgegen.

Dyposition in der Hochburg der Abhängigen! In Hamburg hat sich die Regierungsozialdemokratie gut verhalten. Ein großer Beamtenstab, aus der Volkshilfe, der Großeinkaufsgesellschaft, der Produktion, den Krankenkassen, den Gewerkschaften, in Verbindung mit den Parteibeamten bildet eine Trummauer gegen die Mittelklassen und einen geschlossenen Wall für das „Echo“ sowie den Parteiapparat. Diese Koalition hat gar leicht überall die Mehrheit. Daher ist in Hamburg die Zahl derer, die absteift, besonders groß. Nachdem die Spaltung vollzogen ist, bemüht man sich, durch allerhand Versammlungen den Rest bei der Stange zu halten. Dieser Tage berichtete die Mehrheitspresse auch wieder von

einer Versammlung, in der Abg. R. Schmidt über Lebensmittelversorgung gesprochen hat, sie war vom Gewerkschaftskartell einberufen worden. Nach dem Bericht hatte Schmidt gut abgeschnitten. Das ist jedoch nicht der Fall. Wir beziehen uns auf eine in dieser Beziehung unverdächtige Quelle, auf das „Echo“. Nach seinem Bericht über die Debatte hat Schmidt einen gewissen Widerspruch gefunden, der sich allerdings wesentlich gegen die Hamburger Größen richtete. Buchdrucker Reuscher erklärte, es sei richtig gewesen, über die Hamburger Verhältnisse zu sprechen. Die Genossen dürften in den Staatsämtern nicht mehr mitarbeiten; man solle den Bürgerlichen die Verantwortung über die Zustände und die Heraussetzung der Brotpreise überlassen. Mit der Regierung müsse man Fraktur reden. Die Generalkommission solle eine Konferenz aller Kartelle einberufen, auf der Forderungen gestellt werden könnten. Zimmerer Kropfheuer erklärte, Schmidt sei nicht konsequent. Man hätte erwartet, daß Hamburger Vertreter über die hiesigen Verhältnisse gesprochen hätten. Die Arbeiter in Hamburg seien tatsächlich ohne Vertretung; wir verlangen mehr Rückgrat von ihnen.

Das waren gewiß bittere Worte; keine Verteidigung erlaubend den Angegriffenen. Das läßt tief blicken! Die Auseinandersetzung soll später kommen! Nach dem Referat Schmidts verzeichnet der Bericht im „Echo“ schüchtern (Beifall); nach den kritischen Ausführungen ein Bravo!

Und das war am Platze.

### Aus den Gewerkschaften.

Eine sehr gut besuchte Branchenversammlung der im Deutschen Metallarbeiter-Verband organisierten Maschinenarbeiter und Arbeiterinnen, welche am 20. September 1917 stattfand, beschäftigte sich mit den Lohn- und Arbeitsverhältnissen dieser Branche in Groß-Berlin. Der Branchenleiter gab in großen Umrissen einen Situationsbericht über die allgemeine Lage und hob besonders die unterschiedliche Entlohnung seiner Gruppe hervor. Einer besonderen Kritik wurden die sogenannten Durchschnittslöhne unterzogen, wie sie vom Kriegsausschuß der Metallbetriebe Groß-Berlins in der Praxis angewendet werden. Als Grund dafür, daß diese Durchschnittslöhne besonders tief angelegt sind, sei die große Zahl der aus allen möglichen Branchen zur Metallindustrie hinströmenden Arbeiter schuld, unter denen besonders die Branche der Maschinenarbeiter am meisten zu leiden hat. Es ist ganz selbstverständlich, daß diese Unkundigen zu ziemlich niedrigen Löhnen eingestellt werden und so den Durchschnittslohn der qualifizierten Arbeiter ganz bedeutend herabdrücken. Während vor dem Kriege kein großer Unterschied in der Entlohnung der qualifizierten Maschinenarbeiter und den gelernteren Berufskollegen zu verzeichnen war, hat sich dieses Bild während des Krieges bei vielen Firmen sehr zu Ungunsten der Maschinenarbeiter verschoben. Als einen anderen Grund für den tiefen Stand der Durchschnittslöhne müsse man berücksichtigen, daß während des Krieges eine große Anzahl qualifizierter Maschinenarbeiter als Einrichter Verwendung finden und mit ihren höheren Löhnen nicht mehr der alten Branche zugerechnet werden. Diese und noch viele angeführte Gründe finden nicht die genügende Beachtung bei den Unternehmern und haben deshalb die Berufskollegen einen schweren Stand bei der Durchführung von Lohnbewegungen. Ebenso liegt es bei den Maschinenarbeiterinnen, die allerdings noch weit mehr unter dem Zustrom von Berufsfremden zu leiden haben. Bei den Arbeiterinnen kommt noch ein weiterer Uebelstand hinzu. Das ist das Einrichtersystem. Ein großer Teil der Einrichter, welcher mit Prozenten oder Prämien arbeitet, trägt mit dazu bei, daß ihr Votum mehr oder weniger als der eines Antreibers aufgeföhrt werden kann und den Mehrwert der Arbeiterin in seine eigene Tasche steckt. Als ein weiterer Grund für die ungenügende Bezahlung sei die unberechtigte Angst vor Arbeitslosigkeit zu verzeichnen; unberechtigt dadurch, daß die immer noch steigende Einziehung von männlichen Berufskollegen zum Heeresdienst die weibliche Arbeitskraft immer mehr zu einer gesuchten und geschätzten Ware macht, so daß diese Sorge unbegründet ist. Die Arbeiterinnen haben sich nunmehr durch den immer größer werdenden Zustrom zur Organisation mit der Aufstellung von Grundfragen befaßt, die aber in sich noch nicht abgeschlossen sind, aber nach Abschluß den Unternehmern vorgelegt werden. In seinen Schlusssatzungen ging dann der Redner darauf ein, wie es möglich sei, all den Uebelständen in der Branche beizukommen. Unter den vielen Vorschlägen, die er machte, verdient besonders hervorgehoben zu werden, daß sich die Berufsangehörigen immer mehr und mehr zusammenschließen und vor allen Dingen die von der Branchenleitung getroffenen Veranstaltungen besuchen, in denen ihnen über alle Berufsfragen genügende Aufklärung gegeben wird.

In der nun einsetzenden Diskussion, an der sich besonders die Kolleginnen beteiligten, wurden die Ausführungen des Branchenleiters voll und ganz unterstrichen und zum Teil noch ergänzt. Von einzelnen Rednern, die die Forderung der Arbeiterinnen auf Wiedereinsetzung der Arbeiterschutzbestimmungen behandelten, wurde insbesondere ausgeführt, daß es Schuld der Gewerkschaftsvorstände sei, die bei Ausbruch des Krieges der Aukertrassierung der Schutzbestimmungen zustimmten und bei Schaffung des Hilfsdienstgesetzes nicht die nötige Konsequenz bei Ablehnung der auf Arbeiterschutz gestellten Anträge an den Tag legten.

Infolge der vorgeschrittenen Zeit, es war bereits 11 Uhr abends, konnte die Diskussion und der Rest der Tagesordnung nicht erledigt werden und beschloß die Versammlung auf Wunsch des Branchenleiters, der eine gründliche Aussprache über die bestehenden Lohn- und Arbeitsverhältnisse wünscht, sich zu vertagen auf einen Termin, der von der Branchenleitung festgesetzt wird.

### Redaktionschluss: Jeden Dienstag Abend.

Verantw. Redakteur: E. Reid; Verleger A. Hoffmann; beide Berlin D. 27, Schilderstraße 5. Druck: Maurer & Dimmig, Berlin, Köpenicker Str. 36-38.